

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Aus dem Inhalt:
 Minderheit unter Terror
 Hitleroffensive in Polen
 Um die Tschechoslovakei

Prix : Fr. 1,50

EN AVANT! Hebdomadaire en langue allemande

Redaktion und Verlag: 5, Rue Mayran, Paris-9. Téléphone: Trudaine 46-52

Der Verrat an Spanien

Selbstverrat der europäischen Demokratie

Ein neuer Akt der Nichtinterventionspolitik ist in Vorbereitung. Der Nichtinterventionsausschuss soll zusammentreten, um über die Zurückziehung der fremden „Freiwilligen“ aus Spanien zu beraten. Kommissionen sollen gesandt werden, um die Zahl dieser Freiwilligen abzuschätzen. So bald diese Kommissionen in Spanien eingetroffen sein werden, will Frankreich die Pyrenäengrenze sperren und durch internationale Kontrolleure bewachen lassen. Auf den ersten Blick ist sichtbar, dass nur Zeit für das Gewährenlassen der italienischen Intervention gewonnen werden soll.

Wozu so umständliche Lügen über einen so einfachen und so schändlichen Tatbestand? Wen täuscht man noch damit? Die Regierungen, die nicht zugeben wollen, dass sie die Sache des Republikanischen Spanien verraten, können nicht glauben, dass die Parlamentarier ihrer Länder nicht sehen, was sich hinter dieser neuen Komödie verbirgt. Oder meinen sie, damit den Parlamentariern Mittel zur Täuschung der Wähler, des Mannes auf der Strasse, in die Hand zu geben? Der Mann auf der Strasse in Frankreich und England weiss längst, dass dieser Nichtinterventionsausschuss nichts anderes ist, als ein Instrument zur Begünstigung der Intervention.

Mr. Chamberlain hat in einem Schreiben an die Herzogin von Atholl, die ihm die innere Unwahrhaftigkeit seiner Politik vorgerechnet hat, offen zugegeben, dass seit den Anfängen des Bürgerkrieges reguläre italienische Truppen in Spanien gekämpft haben. Dieser Tatbestand ist indessen — und das war immer die These der konservativen Regierung im englischen Parlament — niemals zur Kenntnis des Nichtinterventionsausschusses gekommen, er ist von der englischen Regierung viele Monate lang mit eiserner Stirn im Parlament bestritten worden. Der Mann auf der Strasse weiss längst, dass solche Regierungserklärungen über die Dinge in Spanien zweideutige Ausreden und Unwahrheiten sind. Muss er nicht denken, dass die Leitung der äusseren Politik notwendig mit Lügen verbunden ist?

Die spanische Regierung hat dieser schändlichen Entartung der Nichtinterventionspolitik mit unglaublicher diplomatischer Langmut zugesehen. Angesichts der Tatsache, dass die englische Regierung die Freiheit Spaniens zu einem Handelsobjekt in ihrem imperialistischen Abkommen mit Italien gemacht hat, hat sie nunmehr dem englischen Aussenministerium die

folgende Protestnote überreichen lassen:

„Mit tiefem Missfallen hat die spanische Regierung gesehen, dass die Regierung des Vereinigten Königreichs in einem Briefwechsel über die spanischen Angelegenheiten, der dem englisch-italienischen Abkommen vom 16. April beigegeben ist, die Hypothese zugegeben hat, dass die Menschen und das Material, das die italienische Regierung nach Spanien geschickt hat, um den Rebellen zu helfen, erst nach dem Ende des gegenwärtigen Kampfes zurückgezogen werden, was die Einwilligung einschliesst, dass die italienischen Truppen und das italienische Material bis zu dem Augenblick in Spanien bleiben, an dem dieser Kampf ein Ende gefunden haben wird.

Diese Haltung, die unbestreitbar die höchsten Interessen des spanischen Staates in seiner Verteidigung gegen den fremden Angriff verletzt, ist schwer zu vereinbaren mit den Prinzipien der Unparteilichkeit und der Objektivität, von denen sich trotz der dauernden Proteste der spanischen Regierung die Regierung des Vereinigten Königreiches bei ihrer Politik gegenüber Spanien vorgeblich hat leiten lassen, seitdem im Juli 1936 die von fremden Mächten sekundierte und unterstützte Militärrevolte ausgebrochen ist. Im übrigen bedeutet die Annahme der Verlängerung des Aufenthaltes der von der italienischen Regierung als Hilfe für die Rebellen gesandten Truppen

und ihres Materials nicht allein die ausdrückliche und feierliche Anerkennung der Tatsache der italienischen Intervention, sondern auch ihre Legitimierung.

Da die Regierung des Vereinigten Königreiches somit durch den erwähnten Briefwechsel die italienische Intervention legitimiert hat, sieht sich die spanische Regierung gezwungen, in ihrer Aufrechterhaltung nicht allein ein offenkundiges und augenscheinliches schwerstes Unrecht zu erblicken, gegen das jeder rechtlich Denkende sich nur empören kann, sondern darüber hinaus eine Politik, die von der Absicht geleitet ist, die Rebellion gegen die rechtmässige Regierung Spaniens zu begünstigen.

Indem die Regierung der Republik den vorstehenden Erwägungen Rechnung trägt sieht sie sich gezwungen, gegenüber dem Inhalt des Briefwechsels, der den Gegenstand dieser Note bildet, ihren respektvollen, aber auch festesten und energischsten Protest förmlich vorzubringen.“

Diese Note müsste eine Regierung, die wahrhaft vom Geiste des internationalen Rechts erfüllt wäre, wie Feuer brennen. Sie ist die vor der Geschichte nicht mehr wegzuwischende Feststellung, dass die Regierung Chamberlain den Boden des Völkerbündpaktes verlassen und die Rechtsgrundsätze

Blockbildung

Imperialistische statt ideologischer Blocks

Zur Stunde, in der wir schreiben, berät Hitler in Italien mit Mussolini. Unter gewaltiger Geldverschwendung hat Mussolini einen veritablen römischen Triumph für Hitler vorbereitet. Es finden Paraden, Flottenmanöver, Huldigungsreden, befohlener Volksjubel statt. Verdächtige Ausländer und vor allem in Italien lebende deutsche Emigranten (es gibt so etwas), sitzen hinter Schloss und Riegel; denn die Diktatoren haben Angst. Alle Vorsichtsmassregeln sind getroffen, dass den Diktatoren kein Leid widerfährt — etwa in der Art jenes ruchlosen Attentats von Marseille, das Barthou und König Alexander das Leben gekostet und freie Bahn für die Expansion des deutschen Faschismus geschaffen hat.

Die englischen und französischen Staatsmänner haben in London beraten, und das Ergebnis ihrer Beratungen ist ein Bündnis, das als Defensivallianz bezeichnet wird. Es sieht eine so weitgehende Zusammenarbeit in der Aufrüstung und in der Kriegsvorbereitung vor, wie es kaum jemals zuvor bei einem Bündnis der Fall gewesen ist, von der gemeinsamen Vorsorge für die Beschaffung der kriegswichtigen Rohstoffe auf dem Weltmarkt bis zu genauen Abreden über die Fabrikation von Kriegsmaterial und über die Zusammenarbeit im Kriegsfall. Diese Defensivallianz rechnet ausserdem auf die wirtschaftliche Mithilfe der Vereinigten Staaten von Amerika.

Dieses Bündnis ist, wie der „Populaire“ feststellt, die direkte und unvermeidliche Folge der Hitlerpolitik. Er schreibt dazu:

„Hitler hat in „Mein Kampf“ den Plan vertreten, Frankreich und England zu trennen, aber zwischen dem 7. März 1936

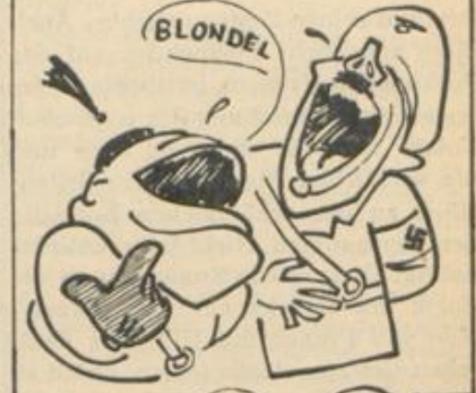
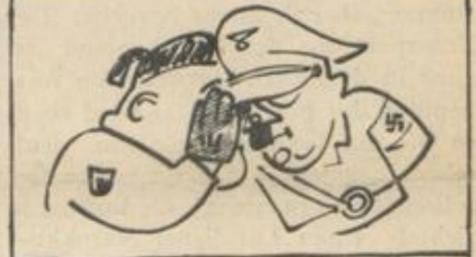
(Rheinlandbesetzung) und dem 11. März 1938 (Besetzung Oesterreichs) hat er seinen eigenen Plan zerstört. Dieses Ergebnis der Hitlerschen Politik wird eines Tages für Deutschland ebenso verhängnisvoll erscheinen, wie es die Preisgabe des Vertrages mit Russland und die Abweisung der Grey-Haldaneschen Vorschläge in der Aera Wilhelms des Zweiten gewesen ist.“

Unzweifelhaft aber ist, dass diese Allianz heute nicht mehr jene moralische Kraft besitzt, die sie noch vor Monaten gehabt hätte. Sie wird bezahlt mit der Zerstörung des Prinzips der kollektiven Sicherheit und mit dem Verrat an der Sache der spanischen Freiheit. Sie wird weiter damit bezahlt, dass die englische Politik Frankreich zwingt, dem tschechoslovakischen Bundesgenossen immer mehr an Ansehen und Souveränität zu nehmen, eine Politik, die das tschechische Volk und seinen Staat in die Rolle eines blossen Objektes des Willens der Grossmächte stösst.

Die englische Politik geht über die rechtlichen und moralischen Werte mit jener souveränen Nichtachtung hinweg, die die imperialistische Politik der Vorkriegszeit gekennzeichnet hat. Während sie der Expansion des alldutschen Dynamismus gegen ihre eigene Interessensphäre einen Riegel vorzuschieben glaubt, gibt sie zugleich dem Geiste der amoralischen und das Recht verachtenden Gewaltpolitik freie Bahn.

Tatsächlich wird jetzt an der Block- und Frontenbildung gearbeitet. Es sind freilich keine „ideologischen Blocks“, sondern solide imperialistische Blocks die jetzt gebildet werden, mit allen Gefahren für den Frieden, die konkurrierenden imperialistischen Blocks innewohnen.

des Völkerbundes verraten hat. Diese Note schiebt allen Versuchen, diesen Verrat am Recht hinter einer Neuauflage der schändlichen Nichtinterventionskomödie zu verbergen, einen Rie-



Unterhaltung über den Wert von Verträgen

Leidensgenossen

Das Schweigen der Magdeburger Arbeiter

gel vor. Mögen die Mächte auf der Völkerbundstagung den Tatbestand hinter unaufrichtigen diplomatischen Formulierungen zu verstecken trachten, den Mann auf der Strasse täuscht man nicht mehr. Er nennt einen Verrat einen Verrat.

Es gibt indessen nicht nur eine italienische, sondern auch eine *deutsche Intervention* in Spanien, und über sie zu reden, ist selbst für Chamberlain Verlegenheit, umso mehr, als sie immer stärker französische Verteidigungsinteressen bedroht. Ihr gegenüber hilft man sich mit einer anderen Form der politischen Unehrllichkeit.

„Manchester Guardian“ berichtet über die *englisch-französischen Verhandlungen* über die spanische Frage:

„Wenn man Italiens offen bekundeten Entschluss berücksichtigt, die Truppen nicht vor dem Ende des Krieges zurückziehen, so ist dieser ganze Plan mit der Kontrolle der Pyrenäengrenze als einzige effektive Massnahme ein neuer Schlag gegen die spanische Regierung. Spanien ist abermals verraten worden. Was die Aktivität Deutschlands in Spanien anbetrifft, auf die Herr Daladier den grössten Nachdruck legte, so scheint man übereingekommen zu sein, dass zur Zeit nichts Spezielles gegen sie getan werden könnte und dass es nichts schaden könnte, wenn man zu gegebener Zeit oder noch früher das Wohlwollen des Generals Franco suche. Mr. Chamberlain sagte, dass Grossbritannien freundschaftliche Beziehungen zu General Franco nach seinem Siege erwarte.“

Es ist unbestreitbar, dass der deutsche Einfluss in Franco-Spanien zwar weniger lärmend als der italienische, aber umso wirksamer vordringt. Die schweren deutschen Batterien an der Pyrenäengrenze und an der Meerenge von Gibraltar führen eine zwar noch stumme, aber deutliche Sprache. Der Erzexport aus dem Baskenland ist ganz in deutschen Händen. Die Ausbeutung der Bodenschätze wird ebenso wie die Textilindustrie von deutschen Ingenieuren und deutschen Gesellschaften organisiert, die Lufthansa richtet einen Luftdienst Marokko-Spanien ein. Franco hat praktisch bereits die wertvollsten Konzessionen und Eigentumsrechte an spanischen Bergwerken und Unternehmungen an deutsche Gesellschaften abgetreten. Was noch schwerer wiegt ist, dass er über das von ihm besetzte Gebiet nur mit Hilfe der Gestapo regieren kann. Seine Staatspolizei ist deutsch — nur sie hält die Empörung in den eigenen Reihen gegen die fremde Intervention nieder. Das Wohlwollen Francos suchen, heisst also das Wohlwollen Hitlers und seiner Gestapo suchen. Auch diese angebliche Perspektive auf das Wohlwollen Francos ist nichts anderes als eine Täuschung des englischen Volkes über die wirkliche Lage und die wirklichen Absichten, ein Seitenstück zu der schändlichen Komödie der sogenannten Nicht-Interventionspolitik. Und welche Zumutung an die Logik des Mannes auf der Strasse! Man will Franco mit Hilfe der deutschen Gestapo siegen lassen, damit er nach dem Sieg die deutsche Gestapo, die deutschen Techniker und Gesellschaften und die deutschen Artilleristen wieder hinauswirft? Wem erzählt man das?

Seit dem spanischen Aufstand ist die Methode der gröblichsten Parteilügen in die internationale Politik wieder amtlich eingeführt worden. Nichts ist aber für demokratische Regierungen und für die Demokratie selbst gefährlicher, als wenn zwischen ihrer Logik und der Wahrheit sich eine unüberbrückbare Kluft auftut. Der Verrat an Spanien ist ein Selbstverrat der Demokratie.

Die italienischen Landarbeiterbataillone, die zur Zwangsarbeit in der Landwirtschaft nach Deutschland abkommandiert worden sind, sind eingetroffen und auf verschiedene Gebiete verteilt worden. Ein Trupp von ihnen ist zum Rübenbau in die Magdeburger Gegend geschickt worden. Zum Empfang dieser Zwangsarbeiter sind die Magdeburger Arbeiter an den Bahnhof kommandiert worden. Sie sollten dort Begeisterung und deutsch-italienische Verbrüderung markieren. Man kennt die Magdeburger Arbeiter und ihre Gesinnung. Hingehen mussten sie — aber das war auch alles, was sie getan haben.

Darüber beschwert sich ein strammer Nazi im Magdeburger Generalanzeiger vom 24. April:

„Wir waren bei der Begrüssung der italienischen Freunde und neuen Arbeitskameraden. Wir marschierten schon um 10 Uhr nach der Kölner Strasse und hat-

ten tausend Hurra-Rufe auf der Zunge. Trotz der grossen Menschenmenge erwischten wir noch Stehplätze auf den Fenstersimsen einer Gastwirtschaft und hatten eine feine Uebersicht.“

Ah, da kamen sie ja schon. Winkend und freudig rufend, alle in den Wagenfenstern! Und die Leute auf dem Bahnsteig ruhig und gesetzt. Am liebsten wären wir hinüber, um sie mitzureisen. Dann erschienen die Italiener auf dem Kölner Platz, alle sauber und nett in einheitlicher Kleidung und mit hübschen Reisekoffern, gut geordnet. Da ist ja auch der italienische Generalkonsul, schöner Mann, gerade Haltung, freundlicher Blick. Doch wann kommt die stürmische Begrüssung der Magdeburger, fragt meine Frau? Auch ich kriege den Mund nicht auf, weil alles so gesetzt und ruhig ist. Da machst du dich ja lächerlich, sagte ich zu mir, wenn du schreiest, während die anderen schweigen. Die von langer

Reise ermüdeten Männer und Frauen stimmen sogar Lieder an, die Magdeburger aber gehen ruhig und gesetzt wieder ihren Weg.“

Könnte denn von dem Freudenstrom der letzten Tage, welcher unser ganzes Volk durchflutet, nicht auch etwas auf die neuen Arbeitskameraden und politischen Freunde überfließen? Sind wir denn so sehr mit Sorgen belastet, dass wir uns nicht zu einer freudigen Begrüssung von Menschen aufrufen können, die vielleicht zum erstenmal ihre warme Heimat verlassen, um im kühlen Norden schwere Landarbeit zu machen.“

Was die ruhigen und gesetzten Magdeburger gedacht haben, ist ganz eindeutig: „Ihr seid Sklaven und wir sind Sklaven. Euch haben sie sogar deportiert. Das kann uns auch passieren, denn wir sind Leidensgenossen. Das befohlene Theater überlassen wir den Nazis.“

Gauleiter Krebs Eine Provokation

Der Oberregierungsrat Krebs vom Reichsinnenministerium ist von Hitler in den Rang eines Gauleiters erhoben worden. Krebs lebt als sudetendeutscher Emigrant in Berlin. Er ist aus der Tschechoslowakei geflüchtet, als er wegen der Bildung einer SA in der Tschechoslowakei gerichtlich belangt werden sollte. Seit 1936 ist dieser tschechoslowakische Emigrant deutscher Reichstagsabgeordneter von Hitlers Gnaden. Zu einem Gauleiter gehört auch ein Gau, so wie einst zu dem Gauleiter Frauenfeld der „Gau Oesterreich“ der NSDAP gehörte und zum Gauleiter Forster der „Gau Danzig“. Es ist selbstverständlich, dass zum Gauleiter Krebs der „Gau Sudetendeutschland“ gehört. Während die Hitlerpresse, an der Spitze der „Angriff“, auf das dreiste gegen die Tschechoslowakei hetzt und tschechoslowakische Generalstabsoffiziere der Provokation beschuldigt, wird durch diese Ernennung die tschechoslowakische Regierung auf das schwerste provoziert. Der Mann, der nach der Losreissung des sudetendeutschen Gebietes dort den Diktator spielen soll, ist bereits ernannt.

Damit ist zugleich die Strohmännrolle des Henlein gekennzeichnet. So wie Burekel dem Seyss-Inquart vorgesetzt wurde, von dem niemand mehr redet, so wird der Henlein hinter dem Krebs verschwinden.

Internationale Zwangsanleihe

Das Dritte Reich hat eine neue Finanzierungsmethode für seine Kriegsvorbereitungen erfunden: die internationale Zwangsanleihe. Durch eine neue Verordnung sind alle in Deutschland lebenden Juden gezwungen, ihr über 5 000 Mark betragendes Vermögen anzumelden, damit das Reich im Interesse der deutschen Kriegswirtschaft darüber verfügen kann. Wie es heisst, sollen die Betroffenen für ihr Vermögen Anteilscheine der Hermann Göring-Werke erhalten. Im ersten Augenblicke erscheint diese neue Operation als eine auf die Juden beschränkte Zwangsanleihe. Bei näherem Hinsehen jedoch entpuppt sie sich als eine Zwangsanleihe besonderer Art. Tatsächlich nimmt sie allen Juden restlos die Verfügungsgewalt über ihr Gesamtvermögen, und lässt ihnen zunächst nur die höchst zweifelhaften Dividenden aus den Anteilen der Hermann Göring-Werke. Es handelt sich tatsächlich um eine Expropriation, bei der die Entschädigung nicht von vornherein festgesetzt ist, sondern jederzeit gleich null gemacht werden kann.

Nach dem grossen Raubzug in Oesterreich nimmt diese Massnahme nicht weiter Wunder. Was die Banden der SA in Wien mit brutaler Brachialgewalt durchgeführt haben, wird an den in Deutschland lebenden Juden von Amts wegen mit einem Federstrich nachgeholt, und dafür umso gründlicher. Diese Enteignung aber trifft gleichzeitig auch alle Juden, die in Deutschland leben und fremde Staatsbürger sind, wie alle im Ausland lebenden Juden, die Kapitalien in Deutschland haben. Diese Massnahme hat erhebliche Beunruhigungen bei den ausserdeutschen Regierungen hervorgerufen, und es sind Anfragen in Berlin erfolgt. Aber es ist schliesslich nicht das erstemal, dass das Ausland für die deutschen Kriegsvorbereitungen bezahlen muss. Auf die Enteignung der Gläubiger, Methode Schacht, erfolgt jetzt die Zwangs-

anleihe bei den ausländischen Juden. Man schätzt im Auslande, dass es sich bei der neuesten Massnahme um Milliardenbeträge handle, die der deutschen Kriegsvorbereitung dienstbar gemacht werden.

Wer geglaubt hat, dass der Kriegswille des Faschismus am Geldmangel scheitern werde, hat sich schwer geirrt. Die kriegslüsternen Diktatoren finden immer wieder Geld. Sei es, dass sie es aus der Not der arbeitenden Klasse münzen, sei es auf anderem Wege. Hitler lässt das Ausland bezahlen und Mussolini erhält durch die Huld von Mister Chamberlain einen Milliardenbetrag von der Londoner City geliehen. Sollte man nicht sagen, dass die Hitlersche Zwangsanleihe eine gesunde Mahnung für jene Sorte von Kapitalisten ist, die sich beeifern, ihr Geld auf den Faschismus zu setzen?

Nach der Plünderung

Der Diktator über das eroberte Oesterreich, der Gauleiter Burekel hat in einem Erlass erklärt, dass der „Arisierungsprozess“ in Wien fortan durch ihn persönlich geleitet werde. „Ich werde“ — so hat er verkündet — „die Massnahmen auf absolut gesetzlicher Grundlage, aber umso gründlicher einleiten. Jüdische Hetze im Ausland wird allerdings wenig geeignet sein, dem Arisierungsprozess einen steigend loyalen Charakter zu geben.“ Nach dem neuesten Erlass über die Juden-zwangsanleihe besteht der loyale Charakter offenbar darin, dass Juden nicht einfach totgeschlagen werden.

Im übrigen liegt in diesem Erlass das Eingeständnis, dass man zunächst einmal wochenlang die Wiener jüdische Bevölkerung der Ausraubung durch den antisemitischen Pöbel preisgegeben hat. Die „Befreiung Wiens“ durch die deutsche Armee hat sich nach mittelalterlichem Rezept vollzogen: Nach der Eroberung Plünderungsfreiheit, und zwar nicht tagelang, sondern wochenlang. Ein feines Stück Arbeit der deutschen Armee: Freie Bahn für das Verbrechergesindel!

Wehe denen, die demnächst noch durch deutsche Bajonette „befreit“ werden sollen.

Beutekrieg im Innern

In der Urteilsbegründung gegen den Düsseldorf Stadtsteuerdirektor Esch, der wegen schwerster Amtsvergehen zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, finden sich Absätze, die ein bezeichnendes Licht auf die innerdeutschen Zustände werfen. Es heisst darin:

„Es kam die ganze Reihe der höchst raffinierten und mit verbrecherischem Elan durchgesetzten Manipulationen gegenüber tatsächlichen Steuersündern oder solchen, denen man, — teils mit Erfolg, teils ohne Erfolg —, zu suggerieren versuchte, dass sie es wären, noch einmal zum Vorschein. Der Vorsitzende behandelte mit besonderer Ausführlichkeit auch die fünf Fälle des Betrugs an Firmen und Ärzten, in denen eine verbrecherische Zusammenarbeit des Esch mit seinen Helfershelfern im geeigneten Moment, das heisst dann, wenn das Opfer sich unter dem Druck der Steuernachforderungen und der Strafandrohungen in grösster Verlegenheit sah, als rettender Engel erschien, der seine Hilfe mit Erfolg anbot, so dass es dann mit einer einzigen Ausnahme (ein hiesiges grösseres Industrierwerk liess sich nicht auf einen „Vergleich“ ein) regelmässig zu einer reichen Beute kam. Besonders erstaunlich waren die Vorgänge, die schliesslich dazu geführt hatten, dass ein grosses Werk sich in der Erwartung auf eine später auszustellende Generalkündigung bereitgefunden hatte, von einem Betrag von insgesamt 2,6 Millionen Reichsmark auf den man sich geeinigt hatte, 600 000 Reichsmark in bar ohne Quittung oshändigen zu lassen. Dieser Fall aus dem Jahre 1936 gehört mit zu den drei

Fällen, bei deren Beurteilung das Gericht zu dem Beschluss kam, den Hauptangeklagten als einen gefährlichen Gewohnheitsverbrecher zu betrachten.“

Was Esch getan hat, geschieht in Deutschland und jetzt vor allem in Oesterreich täglich Juden gegenüber. Es ist die halbamtliche Praxis des deutschen Judenterrors. Der Unterschied besteht nur darin, dass Esch sich beim Beutemachen nicht auf Juden als Opfer beschränkt hat. Wenn Esch ein Gewohnheitsverbrecher ist, was sind dann die Werkzeuge des antisemitischen Terrors?

Zuerst ein Schloss

Nicht nur Hitler hat sich auf Reichskosten für seine persönlichen und für Repräsentationszwecke in Berlin und in Berchtesgaden luxuriös eingerichtete Gebäude mit vielen Räumen bauen lassen, auch die ihm unterstellten „Führer“, Minister, Reichsorganisationsleiter, Gauleiter usw. sind alle Schloss- und mehrfache Villenbesitzer geworden, obwohl sie vorher beinahe alle verschuldete Existenzen waren. Prachtvolle Gebäude, alte Herrensitze, Schlösser, Güter mit ausgedehnten Waldungen sind ihnen von ihren Freunden aus dem Eigentum des Staates „geschenkt“ worden.

Da muss man sich nicht wundern, wenn auch die untergeordneten Organe nicht eher an die Arbeit gehen, als bis ihnen entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt worden sind. So erfährt man denn, dass die Reichswerke Hermann Göring AG das Schloss und Gut Ringelheim gekauft haben, um in dem Schloss ein Baubüro aufzumachen.

Es werden sich also die kleinen Bonzen einen netten Stall in diesem Schloss einrichten und sie werden es sich dort wohlgehen lassen, ehe noch überhaupt ein Stein über den anderen an den Reichswerken gelegt worden ist. Und wenn dann der „Generalfeldmarschall“ inspizieren kommt, so braucht er nicht in einer Baubarake das Baubüro besichtigen, auch nicht in einem gewöhnlichen Miethaus, sondern er kann standesgemäss in ein Schloss einziehen.

Und so etwas geiferte einmal gegen die angebliche Verschwendungssucht der Behörden und öffentlichen Verwaltung im demokratischen Deutschland!

HJ schießt in den Schützenvereinen

Alle Schützenvereine des Kreises Hannover haben der Hitlerjugend auf Verlangen ihre Plätze und ihre Gewehre zur Verfügung zu stellen. Damit sich die „schiesssportliche Ausbildung“ der Jungen ohne Reibereien mit den Vereinen vollzieht, hat jeder Verein schleunigst einen Jugendschiesswart aus den Reihen der Hitlerjugend aufzunehmen, der darüber zu bestimmen hat, was der Verein irgend an Jugendertüchtigung tun kann.

Kulis in Uniform. Die reichsdeutschen Journalisten, die mit Hitler nach Italien gefahren sind, mussten eine Spezialuniform anlegen. Diese Uniform wird künftig für alle deutschen Journalisten eingeführt werden. Es werden zu dieser Uniform Schaffstiefel getragen. Die Uniform kennzeichnet das Handwerk: die Pressekulis Hitlers waten im eigenen Schmutz.

Hitler und Co. Nach der Gleichschaltung der Wiener Presse beginnt das grosse Presteserben und die Ausschaltung der Beute. Der Eherverlag München hat bereits die Blätter des Telegraph-Verlages „aufgekauft“.

Panzerwagen gegen das Volk. Auf der Automobilausstellung in Berlin zeigte Krupp einen schwer gepanzerten sechsrädrigen „Krupp-Polizei-Streifenwagen“ mit aufgebautem Geschützturm. Polizei mit Geschütz? Kriegsschauplatz Innerdeutschland!

Die katholische Spaltung

Die katholische Zeitung „Der deutsche Weg“ spricht mit grosser Offenheit über die Lage im deutschen Katholizismus, die durch die unter allen Anzeichen eines unmoralischen Verrats erfolgte Gleichschaltung des Kardinals Innitzer hervorgerufen worden ist. Unter der Überschrift „Spaltung im grossdeutschen Katholizismus“ schreibt sie:

„Eine neue Phase des Kulturkampfes im Dritten Reich hat begonnen. Sie ist eingeleitet worden durch das „Heil Hitler!“ des Kardinals Innitzer.“

Der Reichsdeutsche Katholizismus war über einige taktische Verschiedenheiten hinweg einig unter sich, einig mit dem katholischen Volk, einig mit dem Papst. Der Grossdeutsche Katholizismus zeigt weder eine Einheit unter den Bischöfen, noch eine volle Harmonie mit Rom, noch ein ungetrübbtes Verhältnis zwischen Volk und Bischöfen. Wir müssen sprechen von einer Spaltung, die sich zu einem unheilbaren Riss, zu einem Abgrund erweitern kann.

Die Spaltung wird am offenkundigsten auf einem gemischt religiös-politischen Gebiet. Ein Teil des grossdeutschen Katholizismus scheint in der beispiellos rohen Erhebung und rücksichtslosen Ausplünderung Oesterreichs, sowie in der angestrebten völligen Vernichtung des österreichischen Menschen, die Vollendung der deutschen Einheit zu sehen, eben das Reich. Die anderen können in dieser durch brutale Gewalt geschaffenen rein formalen Einheit keineswegs die Erfüllung jener Wünsche erblicken, die einst Uhland in der Paulskirche von Frankfurt ausgesprochen hat. Folgerichtig verherlichen die ersten das von Adolf Hitler nun geschaffene Grossdeutschland, und ein Kardinal erklärt, es sei das Bekenntnis zu ihm hervorgegangen aus der Stimme des gemeinsamen deutschen Blutes. Die anderen aber kommen nun dazu, über die formalen Einigungserfolge hinaus den Gehalt renner zu betrachten, sie sehen sich die Ideen an, die der Nationalsozialismus vertritt, sie erkennen das absolut Undeutsche, Traditionsfeindliche dieser Ideen, und sie kommen zu dem Ergebnis, das in der Zeitschrift „Das wahre Deutschland“, „Auslandsblätter der Deutschen Freiheitspartei“, in der Überschrift eines Artikels aufleuchtet: „Der Reichszerstörer“. Von hier und von heute setzt eine neue Auseinandersetzung im deutschen Kulturraum ein, die notwendig bis zu einer Auseinandersetzung auf politischem Gebiet führen wird.“

Geborstene Nazisäule Gerichtlich gelehrt

Zu den intimsten Freunden der Naziführer in Schleswig-Holstein, und auch Hitlers persönlich, gehörte der praktische Arzt Dr. med. Sally Saalfeld, Eutin. Er war einer der eifrigsten Agitatoren der Nazis, besonders in Ost-Holstein. Mit seinem Gelde wurde dort die SA eingekleidet und ernannt. Der „Führer“ liess es sich nicht nehmen, bei seiner Anwesenheit in Eutin, Dr. Saalfeld persönlich zu besuchen. Leider entdeckte im Jahre 1932 ein Mitglied des Tannenbergbundes einen kleinen Schönheitsfehler bei diesem, inzwischen zum Gauarzt avancierten Nazisten. In einem Beleidigungsprozess vor einem Lübecker Gericht wies der Tannenbergbündler dokumentarisch nach, dass seine Mutter Julia gewesen sei. Daraufhin wurde Saalfeld etwas aus der vordersten Linie zurückgezogen, aber gleich nach der Machtergreifung 1933 wieder in Amt und Würden eingesetzt.

Im Herbst 1937 wurde die Bevölkerung durch die Mitteilung überrascht, dass Dr. S. wegen Abtreibung in vielen Fällen und verwerflicher Notzucht, begangen an den ihm anvertrauten braunen Lehrschwestern, verhaftet und ins Kieler Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden sei.

Endlich in den letzten Märztagen fand vor dem Lübecker Schwurgericht die Verhandlung wegen Abtreibung und schwerer Körperverletzung statt. Während der Verhandlung wurden zahlreiche Zeugen und Sachverständige vernommen. Zum grössten Erstaunen der gesamten Öffentlichkeit meldete dieser Prozess mit dem Freispruch des Angeklagten. In der Urteilsbegründung erklärte der Vorsitzende, dass eine Bestrafung nur dann möglich gewesen wäre, wenn hätte festgestellt werden können, dass der Angeklagte unberechtigte Eingriffe vorgenommen habe und sich dessen bewusst gewesen sei. Diese Feststellung habe das Gericht nicht treffen können, obwohl die Sachverständigen zum Teil die Angriffe für unberechtigt gehalten hätten, und der Ansicht gewesen seien, dass sich der Angeklagte dessen hätte bewusst sein lassen. Der Vorsitzende hob dabei hervor, dass ein eigenartiges Motiv für unberechtigte Eingriffe des Angeklagten nicht vorfindbar sei, wobei er den Angeklagten in höchsten Tönen als einen Mann lobte, der für Notleidende stets eine offene Hand hatte und in ungewöhnlicher Masse Wohl-

erwiesen habe.

Hitleroffensive in Polen

Auf der Suche nach einem polnischen Henlein

Aus Polnisch Oberschlesien wird uns geschrieben: Es war vorauszu sehen, dass der Grossangriff des Dritten Reichs auf Befreiung der deutschen Volksgenossen jenseits der Grenzen nicht auf die Tschechoslowakei beschränkt bleiben wird. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass trotz der mit Nachdruck betonten „Freundschaft“ mit den Warschauer Machthabern, auch gegen Polen die Offensive zur „Bettung der unterdrückten Brüder“ aufgenommen werden soll. Freilich hängt dies in erster Linie davon ab, wie weit es gelingt, die „Einigkeit“ unter den gleichgeschalteten Naziorganisationen selbst herzustellen. Solche Versuche sind bisher am Widerstand der Jungdeutschen Partei des Senators Wiesner gescheitert, der sich nicht restlos unter die Berliner Führung unterordnen will.

Die im „Deutschen Rat in Polen“ mit seinem Scheinsitz in Warschau vereinigten Naziorganisationen, wie Deutsche Vereinigung in Posen-Pommerellen, Deutscher Volksverband für Mittelpolen, Deutscher Volksbund für Schlesien, Deutscher Volksblock für Schlesien, Deutsche Partei für Bieltz-Biala, Verband Deutscher Katholiken, Deutscher Volksrat für Kleinpolen und Deutsche Volksvertretung für Wolhynien, haben in den letzten Apriltagen auf ihrer Sitzung in Posen beschlossen, eine nationalsozialistische Organisation für ganz Polen zu schaffen, mit einer straffen Leitung, wobei keine der bisherigen Parteien die Leitung oder Sonderinteressen beanspruchen darf. Es gibt zwar unter den bezeichneten Organisationen viele Persönlichkeiten, die das Führungsrecht als 100 prozentige Nationalsozialisten beanspruchen, aber die „richtigen und wahren Führer“ hat man bisher nicht auffinden können. Es fehlt der deutschen Minderheit in Polen eben ein Henlein und man ist jetzt auf der Suche, ihn zu finden.

Es ist kein Geheimnis, dass dieser Henlein von Berlin in der Person des Dr. Kohnert aus Bromberg, dem Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung für Posen-Pommerellen, bereits gefunden ist, der aber vom Senator Wiesner auf das entschiedenste abgelehnt wird, der eben diesen Führungsanspruch aller Deutschen in Polen für sich erzwingen will. Berlin mag diesen „österreichischen Dummkopf“ nicht, wie Bohle im Auswärtigen Amt sich gegenüber Vertretern der deutschen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen ausgedrückt hat. Das hat seine Gründe, denn Senator Wiesner hat es bisher abgelehnt, sich von Berlin aus Befehle erteilen zu lassen und hat seinerzeit die „Nationalsozialistische Partei in Bieltz“ aufgelöst und sich den Namen Jungdeutsche Partei beigelegt, als im Dritten Reich Adolf Hitler ans Ruder kam. Senator Wiesner ging bei den Christlich-sozialen in Wien durch die politische Schule und ist mit den Krebs und Jung aus der Tschechoslowakei befreundet, die heute namhafte Posten im Dritten Reich innehaben. Er lehnt die Berliner Führung des Deutschtums in Polen als eine Gefahr für die deutsche Minderheit ab, bezeichnet die von Berlin abhängigen Führer der erwähnten Organisationen als alte Reaktionsäre, die sich erst Adolf Hitler angeschlossen haben, nachdem ihre Politik unter der Systemzeit Schiffbruch erlitten hat. Senator Wiesner versucht ein Eigendasein zu begründen, und man muss sagen, dass er eine sehr aktive Tätigkeit zum Schutz der deutschen Minderheit entwickelt, wenn diese auch am Widerstand der polnischen Behörden scheitert.

Die Bevölkerung ist allerdings der Auffassung, dass der Freispruch auf andere Ursachen, nämlich auf die freundschaftlichen Beziehungen zu den führenden Nazis, zurückzuführen ist. Die Leute flüstern sich untereinander zu: „Was muss dieser Mann alles wissen und wie muss er dieses Wissen angewandt haben, um nach fast sechsmonatlicher Untersuchungshaft freigesprochen zu werden, obgleich vor Gericht nachgewiesen wurde, dass er die ihm zur Last gelegten Delikte, für die andere jahrelang Zuchthaus bekommen, tatsächlich begangen hat.“

Terror überall

Die Zeitschrift „Die Zeit“ in Montevideo (Uruguay) schreibt:

„Aber auch die Nazis führen das Wort von der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des Gastlandes im Munde. Wie soll sich die Nichteinmischung vertragen mit:

1. dem Terror gegen Deutsche, die hier in Uruguay Arbeit suchen, somit den uruguayischen Arbeitsgesetzen allein unterstehen. Die hiesigen Gesetze machen nicht zur Pflicht, dass der Deutsche in eine deutsche

Nach dem gewaltsamen „Anschluss Oesterreichs“ an das Dritte Reich haben die Naziorganisationen einen grossen Auftrieb erhalten. Aber der Konkurrenzkampf um die Führung ist dadurch nicht beendet worden. Das liegt daran, weil an Berliner Stellen selbst die einzelnen Persönlichkeiten in Polen hart umstritten sind und nicht zuletzt die Zellen, die die finanzielle Betreuung des Deutschtums in Polen innehaben. Neben der Auslandsleitung der NSDAP des Gauleiters Bohle, führten der „Bund deutscher Osten“, die Deutsche Stiftung, der Volksverband für das Deutschtum im Ausland, einen harten Kampf untereinander, um sich der Leitung der Deutschen in Polen zu bemächtigen. Der Bund deutscher Osten steht restlos auf Seiten des Senators Wiesner, während die Deutsche Stiftung und der Volksverband die alten gleichgeschalteten Organisationen anerkennen wollen. In letzter Zeit ist es zwar gelungen, zwischen VDA und den Bohleorganisationen eine Einigung zu erzielen und den BDO auszuschalten, aber schliesslich musste man Wiesner Konzessionen machen, der in einer Kattowitzer Kundgebung, unter dem Protektorat des deutschen Generalkonsuls Nöldecke, den Führeranspruch anmeldete, der ihm vom Rat der Deutschen in Polen strittig gemacht wurde.

Der Kampf um den polnischen Henlein geht also weiter und während die Leute um den Deutschen Rat in Polen willig jedem Befehl Berlins folgen, lehnt Senator Wiesner nach wie vor diese Befehle ab. Welche Hintergründe hierfür massgebend sind, ist schwer zu sagen, nur ganz vertraulich wird behauptet, dass Senator Wiesner zu tief an polnische Stellen gebunden sei, was allerdings schwer zu beweisen ist. Dass die polnischen Stellen alle Ursachen haben, über den „Einigungskampf“ innerhalb des Deutschtums erfreut zu sein, geht immer deutlicher daraus hervor, dass man den Kampf der Deutschen untereinander mit grosser Aufmerksamkeit verfolgt und Senator Wiesner möglichst wenig angreift, die übrigen Deutschtumsorganisationen aber mit aller Deutlichkeit verdächtigt, im Dienste Berlins zu stehen. Und man muss sagen, dass diese Organisationen um den „Rat der Deutschen in Polen“ auch gar kein Geheimnis daraus machen, dass es den Tatsachen entspricht, wobei sie auf den Volksverband der Polen in Deutschland hinweisen, der ja auch aus offiziellen Quellen Warschaws finanziell unterstützt wird.

Die Offensive zur Befreiung der deutschen Brüder in Polen ist auf deutscher Seite bereits durch den Bund deutscher Osten vor Monaten eröffnet worden. Wir erinnern an die Aktionen jenseits der polnischen Grenze mit dem Kampf gegen den Vertrag von Versailles, an die Ausstellung „Deutsche Entscheidungen im Osten“, an die Volksabstimmungsflugblätter „Erst der Korridor — dann Oberschlesien“, an die Entlassung zahlreicher Angehöriger der polnischen Minderheit aus ihren Arbeitsstellen, weil sie an einer Ratiborer Kundgebung des Volksverbandes der Polen teilgenommen haben, an die Verhaftung einiger führender Mitglieder einiger polnischer Organisationen im Oppelner Kreise und viele Einzelercheinungen mehr. Die polnische Abwehr zeigt nicht mehr die Aktivität, wie wir sie vor dem „Anschluss“ gegen das Nazitum in Polen gewohnt waren. Geheimnisvoll flüstert man in unterrichteten Kreisen, dass Warschau seinem höchsten Beamten in der Wojewodschaft Schle-

sien anempfohlen habe, dem Deutschtum wohlwollender gegenüber zu stehen, nachdem es im polnischen Auswärtigen Amt immer gegenüber dem deutschen Botschafter bei Beschwerden gebeissen hat, dass der Einfluss dieses Amtes an den Grenzen der schlesischen Wojewodschaft Halt machen müsse. Und man muss sagen, um den schlesischen Wojewoden Dr. Grazynski ist es merkwürdig still geworden. Der „Anschluss“ hat auch innerhalb der deutschen Minderheit in Polen gewirkt. Ziemlich deutlich kann man selbst in polnischen Kreisen hören: „Nun kommt auch Oberschlesien dran“. Die Arbeitsvermittlung polnischer Bürger nach Deutschland übt ihre restliche Wirkung aus, um Adolf Hitler als den Retter aller Deutschen aus dem polnischen Joch erscheinen zu lassen.

Die Deutsche Vereinigung hat in Posen und Pommerellen am 24. April nicht weniger als 40 Versammlungen einberufen, „so der Wille zur Tat“, das heisst, sich in Abwehrstellung zu begeben, proklamiert wurde, in Oberschlesien veranstaltete man nach deutschem Muster einen Leistungswettkampf und eine Kundgebung zur Einigung des Deutschtums, eine Belebung der Angriffsposition gegen die Unterdrückung und das überall immer unter Hinweis auf Adolf Hitler, der der Führer aller Deutschen ist! Die Arbeitslosigkeit und das tiefe soziale Elend, in dem sich die Deutschen Polens befinden, ist eines der besten Agitationsmittel für die Naziorganisationen. Eine verfehlte polnische Minderheitenpolitik hat alle Voraussetzungen dazu geschaffen, um einer deutschen Irredenta in Polen den Weg vorzubereiten, wie man sie kaum je erwartet hat. Dabei machen die Deutschen keine Geheimnisse daraus, dass ihre „Befreiung“ nur noch eine Frage der Zeit sei.

In der Unterstützung der deutschen Angriffe gegen die Tschechei geht ja nicht nur die Nazipresse Polens Hand in Hand mit der reaktionären Presse Polens, sondern Henlein wird ja in der polnischen Presse als jener deutsche Held dargestellt, der Benesch die Demokratie schon austreiben wird. Die tschechisch-polnischen Beziehungen haben sich gerade seit der Henleinaktion verschärft und Polens Aussehnminister fordert die Autonomie für die Polen in der Tschechei nur aus dem einzigen Grunde, weil sie auch von den Sudetendeutschen gefordert wird.

Wie froh wäre das Deutschtum Polens, wenn es die garantierten Minderheitsrechte hätte, wie sie die Minderheiten in der Tschechoslowakei haben! An einem solchen Gleichberechtigungsgesetz wären wohl alle Aspirationen Berlins gescheitert. Heute ist Polen daran, von einer Hitlerwelle überschwemmt zu werden. Der Deutsche Pressedienst in Polen kündigt an, dass er alle polnischen Machinationen gegen die deutsche Minderheit restlos diffamieren werde, die Presscabkommen zwischen Berlin und Warschau geben Polen noch nicht das Recht, die deutsche Minderheit zu schikanieren, das Novemberabkommen ist jedenfalls von Polen gegenüber der deutschen Minderheit nicht innegehalten worden. Die Presse des Westmarkenverbandes beschwert sich bei den Warschauer Stellen, wie es möglich sei, dass solche Angriffe amtlicher deutscher Faktoren geduldet werden. Die Offensive gegen Polen hat begonnen, das muss mit aller Deutlichkeit festgelegt werden. Die Deutschen sind im Angriff, trotz des Freundschaftspaktes, der ja nur die amtlichen Stellen in Warschau und Berlin verpflichtet.

Schön ist die Jugend

Junge Burschen aus dem Gebiet Münsterland werden zur Ableistung des Landjahres in die niederrheinischen Landbaubezirke geschickt. Da die Behandlung und Verpflegung sehr schlecht ist, rückten zwei Jungen aus. Beide wurden nach kurzer Zeit wieder gefasst und auf ihre Stelle zurückgebracht. Zum Empfang hatte der Ortsjugendführer die ältere Hitlerjugend zusammengeholt. Auf Kommando des Jugendführers fielen alle HJler über die zwei Ausreisser her. Der eine brach nach kurzer Zeit blutüberströmt zusammen, während der andere sich zur Wehr setzte. Dieser wurde nachher von dem Jugendführer selbst nochmals vorgenommen und solange geschlagen, bis er die Erklärung abgab, er hätte die anderen Jungen aufgewiegelt. Dieser Junge ist aus einer Familie, von der der Vater, die Mutter und seine jugendliche Schwester wegen politischer Vergehen im Zuchthaus sitzen.

Verschwandener Bischof. Der Bischof von Augsburg, Sproll, ist seit einigen Tagen spurlos verschwunden. Er hatte beim letzten Plebiszit nicht abgestimmt und die Nazis hatten deshalb eine Hetzkampagne gegen ihn eröffnet.

Arbeitsfront eintritt. Die Nazis verlangen dies aber. Respekt vor den Gesetzen des Gastlandes??

2. der Verherrlichung Hitlers vor deutsch-uruguayischen Kindern? Ehrlichkeit gegenüber dem Gastlande würde verlangen, dass die Kinder in erster Linie zur Achtung vor der Regierung Uruguays und zum Treuegelöbnis ihr gegenüber angehalten werden. Stoll dessen werden sie erhalten auf Hitler einen Treueid zu leisten.

3. Der Entlassung der beim Rio Negro-Werk beschäftigten Juden? Dieses Bauwerk ist ein Auftrag der Uruguayischen Regierung, der an deutsche Firmen zur Ausführung übergeben worden ist. Massgebend für die Anstellung von Arbeitern usw. müssten daher die Grundsätze sein, die in Uruguay dafür gelten. Diese schliessen aber die Beschäftigung von Juden nicht aus. Wenn also von den deutschen Nazifirmen oder sofern sie dies nicht sind, auf Druck von drüben die Anstellung von Arbeitern usw. nach in Deutschland heute herrschenden, in Uruguay nicht üblichen Rassegesetzen stattfindet, so ist dies eine grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Gastlandes Uruguay und ein bewusstes Aufzwingen fremdländischer Gesetze.“

Berichte aus Deutschland

Wahlterror

Das nennt sich Wahl!

Wie uns aus verschiedenen Teilen Deutschlands noch ergänzend berichtet wird, war das Interesse der Bevölkerung an den Wahlen gering. Man liess das ganze Goebbels'sche Aufgebot von Presse, Propaganda, Radio, Versammlungen, Aufmärschen, Soldaten und Musik mit stoischer Gelassenheit über sich ergehen. Man ging zur Wahl, weil man sonst seine Arbeitsstelle verliert oder ins Konzentrationslager kommt. Im Wahllokal bekam man den Stimmzettel und gleichzeitig einen Bleistift überreicht mit der freundlichen Aufforderung, sein Kreuz gleich hier am Tisch zu machen. War man kühn und fragte nach der Wahlzelle, so musste man Spiessrutenlaufen bis in die entfernteste Ecke des Wahllokals.

Einem Arbeiter wurde vom Wahlvorsteher gesagt:

„Na, wenn Sie denn absolut wollen, dass man nicht sieht, was für ein Vogel Sie sind, da in der Ecke ist die Wahlzelle. Was aber war diese „Wahlzelle“? Sie bestand aus zwei Lorbeerbäumen, die vor einen Tisch gestellt waren und über diesem Tisch hing ein Hitlerbild. Und als dieser Wähler sein Kuvert abgab, da meinte der Vorsitzende noch: „Sie sind aber wirklich komisch. Bei dieser Abstimmung gibt es doch überhaupt keine Meinungsverschiedenheit. Wer da nicht mit „Ja“ offen stimmen kann, der ist gegen unsern Führer und den werden wir uns merken.“

So war es überall. Das war die Methode der Einschüchterung, die diesmal bis zur letzten Konsequenz und mit äusserster Raffinerie und Brutalität angewendet wurde.“

Aus einer Württembergischen Kleinstadt:

„An der Tür standen zwei SA-Leute, die immer nur 6 bis 8 Personen herein liessen. Gleich am Eingang war ein Tisch, hier wurden die Wahlzettel und der Bleistift gegeben. Die Wahlzellen dagegen waren ganz abgelegen angebracht, in vielen Wahllokalen waren sie sogar noch zugemauert. An dem Tisch konnte man nun das Kreuz machen, wird aber von einem Amtswalter beobachtet. Trotz dieser schlaun Einrichtung gingen nun doch einige Leute in die Wahlzellen, diese wurden dann genau registriert. Nun stimmen aber die Zahlen der Nein-Stimmen mit denjenigen, die die Wahlzellen benützten nicht überein, sodass es diesmal mit der versuchten Kontrolle Essig war. Dagegen hatte man festgestellt, dass nur drei Wähler nicht gewählt hatten. Diese sind Anhänger einer religiösen Sekte. Am Mittwoch nach der Wahl veranstaltete nun die SA mit ihrem Anhang vor den Häusern der drei Nichtabstimmenden eine grosse Demonstration. Man holte die Leute aus ihrer Wohnung heraus. Einer davon war sogar in Hemdsärmel und in den Hausschuhen, schleifte sie durch die Strassen, wobei sie auch angespuckt wurden. Rufe ertönten: „Hängt die Volksverräter auf“ usw. Auf dem Marktplatz wurde über einen Lichtmast ein Kabel geworfen und einem der Dreien um den Hals gelegt.“

Nachdem dieser Skandal über eine Stunde gedauert hatte, erschien endlich die Polizei auf dem Plan und brachte die drei Gemarterten in „Schutzhaft“, wo sie sich heute noch befinden.

Es handelte sich um drei ruhige selbständige und sehr gut angesehene arische Geschäftsleute. Die Empörung bei der bürgerlichen Einwohnerschaft ist ganz ungeheuer über diesen Terror.“

Aus einem Dorf erfahren wir:

„Eine ältere Frau kam zur Wahl. Als ihr der Stimmzettel und der Bleistift gereicht wurde, fiel letzterer auf den Boden und die Spitze brach ab. Der Wahlvorsteher spitzte ihn wieder und unterdessen gab ihr der Listenführer seinen Bleistift und die Frau machte das Kreuz auf den Zettel. Am Abend wurden nun in dem Oertchen drei Nein-Stimmen festgestellt und eine der Nein-Stimmen hatte ein grünes Kreuz, also die Farbe des Bleistiftes des Listenführers. Die Frau war nun als Neinstimmere erkannt und wurde noch am Abend aus dem Hause geholt. Sie erhielt ein Plakat auf den Rücken, worauf geschrieben war: „Ich bin ein Volksverräter“ und wurde den ganzen Abend von Wirtschaft zu Wirtschaft geschleppt, angespuckt und auf das wüsteste beschimpft. Die Frau liegt

Minderheit unter Terror

Gauleiter Lohse und die Flensburg-Dänen

Die vom Goebbels kommandierte deutsche Presse ist Tag um Tag voll von „flammenden Protesten“ gegen die angebliche „Knechtung und Ausbeutung“ der Deutschen in der Tschechoslowakei. Das heisst: jetzt werden schon längst nicht mehr blosse Hetzproteste nach Prag gerichtet, sondern bereits ganz offene, ganz unverhüllte Kriegsdrohungen.

Dass die Sorge um angeblich unterdrückte deutsche Minderheiten nur ein — sehr durchsichtiger — Vorwand ist, um den pangermanischen Eroberungsdrang notdürftig zu maskieren, das bedarf wohl keines erneuten Beweises mehr.

Wir haben in diesen Blättern schon mehrfach die Frage gestellt: Wie behandelt eigentlich dasselbe Naziregime, das ständig die Minderheitenrechte im Munde führt, seine eigenen auf deutschem Reichsboden lebenden Minderheiten? Wir mussten wiederholt feststellen, dass kaum irgendwo in Europa, vielleicht abgesehen vom faschistischen Italien, nationale Minoritätsrechte tiefer und zynischer missachtet werden, als im Dritten Reich. Wohl gemerkt: hier ist nur vom blossen Recht auf die Pflege eigenen Nationalbewusstseins, eigener Sprach- und Kulturgüter die Rede. Denn bürgerliche Freiheitsrechte geniessen im braunen Deutschland natürlich überhaupt kein Untertan, ganz gleich ob er der Nationalität nach Deutscher ist oder Angehöriger einer Minderheit. Hierin sind alle Reichsbürger tatsächlich gleichgestellt!

Entrechtetes Volkstum in Südschleswig.

Die Unterdrückung alles nationalen Eigenlebens der Minoritäten im Dritten Reich hat in letzter Zeit wieder eine bedeutende Verstärkung erfahren. Immer rücksichtsloser wird mit allen Mitteln des Terrors und der Hetze eine totale Zwangs-„Germanisierung“ betrieben.

Das spiegelt sich auch in einem Bericht wieder, den wir aus dem nördlichsten Teil des Reiches, aus Flensburg, erhielten. In und um Flensburg lebt bekanntlich eine relativ starke dänische Minorität.

Unser Gewährsmann schreibt:

„Mit Ausnahme fanatischer Chauvinisten und solcher Leute, die vor den Nazi-gewaltigen nicht genug auf dem Bauch herumkriechen können, gibt es hier kaum jemanden, der nicht im engeren Freundeskreis mehr oder minder ausspräche, wie empörend die Flensburg-Dänen von den Nazis gequält und schikaniert werden. Selbst richtige Nazis geben das im vertraulichen Gespräch zu und sagen, dass es ihnen manchmal schwer fällt, da mitzumachen. Aber offen wagt man natürlich kein Wortchen zu sagen, denn niemand will ins Lager gesteckt werden oder sonstwie mit der Gestapo zu tun haben.“

jetzt mit einem schweren Nervenschok im Krankenhaus.

In einem benachbarten Dorfe waren ebenfalls drei Nein-Stimmen. Man hatte einen ganz bestimmten Verdacht auf drei Bauern, die als Anti-Nazi bekannt waren. Man holte sie ebenfalls aus ihren Häusern, schleifte sie durch das Dorf und verfuhr mit ihnen, wie mit der Frau.

In einem kleinen Städtchen wurde der Strassenwärter am Montag nach der Wahl fristlos entlassen. Er soll verschiedenen Mithürgern gegenüber erklärt haben, der Strassenmeister habe gesagt, man könne stimmen wie man wolle, der Deutsche sei frei. Die Untersuchung erstreckt sich nun auch auf den Strassenmeister, der jetzt natürlich leugnet, es gesagt zu haben. Die Wiederbesetzung der Stelle des entlassenen Strassenwärters ist bereits amtlich ausgeschrieben.“

Ein Strassenkehrer, der in dem von Hitler so glorreich befreiten Deutschland gelegentlich einer Wahl behauptet „Der Deutsche sei frei“ wird nicht mehr würdig befunden, deutsche Strassen von

„Staatsfeinde und Landesverräter“.

„Ein Freund von mir, der zahlreiche dänische Bekannte hat, wurde neulich deswegen vorgeladen und von einem Gestapomann zur Rede gestellt und verwarnt. Ob er denn nicht wisse, dass die meisten Dänen Staatsfeinde und Landesverräter seien... Ein Deutscher, der mit diesen Kreisen mehr als notwendig Kontakt habe, mache sich verdächtig usw.“

Die Dänen haben hier in Flensburg eine eigene Schule, in die früher fast sämtliche dänischen Kinder gingen. Vom Oberpräsidenten Lohse in Kiel, der auch Gauleiter ist, ist an alle Nazistellen eine vertrauliche Weisung ergangen, wonach mit allem Nachdruck darauf hingearbeitet werden soll, dass die Schule „aufliegt“. Man gibt sich auch die grösste Mühe und jedes Mittel ist dabei recht. Erst in allerletzter Zeit sind wieder auf einen Schlag über fünfzig dänische Kinder aus der Schule abgemeldet und in die deutsche Schule überführt worden, wo sie ihre Muttersprache nicht sprechen dürfen, zu Nazis erzogen werden und täglich die schlimmsten Racheschwüre gegen ihr eigenes Volk anhören müssen, das Nordschleswig „geraubt“ habe.“

Terror und Erpressung.

„Die betreffenden Eltern sind ganz einfach gezwungen worden, ihre Kinder in die deutsche Schule umzumelden. Es handelt sich meist um kinderreiche minderbittelte Familien, die auf irgendwelche sozialen Hilfsleistungen (Arbeitslosenunterstützung, Kinderbeihilfe usw.) angewiesen sind. Sie bekommen aber keinen Pfennig, wenn sie sich nicht bereit erklären, ihre Kinder in die deutsche Schule und in die Hitlerjugend zu schicken und selbst aus den Vereinigungen der dänischen Minderheit auszutreten.“

Die dänische „Borgerforening“ — eine Vereinigung für die Interessen der Minderheit — hat ein riesiges Material zusammengestellt von Fällen, in denen Dänen von den Nazibehörden und Parteistellen beschimpft und in oben angegebener oder ähnlicher Weise erpresst worden sind. Mit diesem Material ist eine dänische Delegation unter Führung von Dr. Jessen nach Kiel gereist zum Oberpräsidenten-Gauleiter Lohse, der im Auftrag der Nazi-führung die ganze antidänische Hetze leitet und auch für die Wählerarbeit jenseits der Grenze in Sønderjylland die Anweisungen gibt. Lohse hat die Delegation nicht empfangen. Er liess sich durch einen untergeordneten Beamten vertreten. Er sei wegen Krankheit verhindert. In Wirklichkeit wusste man ganz genau, dass Lohse absolut nicht krank war.“

Herr Lohse antwortet.

„Die Dänen betonten bei Übergabe des Materials, dass dieses trotz seines Umfanges nur symptomatische Bedeutung habe, denn in den überaus meisten Fällen seien die vom nazideutschen Terror betroffenen Minoritätsangehörigen nicht bereit gewesen, irgendwelche Angaben zur Verfügung zu stellen, weil sie fürchteten, dass daraufhin keine Abhilfe erfolgen würde, sondern im Gegenteil: Rache, erneute schwerste Schikane, Verlust des Arbeitsplatzes usw.“

Der Beamte hörte die Klagen der Dele-

gation höflich an. Er könne nichts entscheiden, sagte er, aber er wolle die Sache an den Gauleiter weitergeben. Nach einiger Zeit kam dann vom Oberpräsidenten und Gauleiter Lohse persönlich eine schriftliche Antwort nach Flensburg, die nur als eine ungeheuerliche Schmähung und Verhöhnung des „blutverwandten“ Dänentums bezeichnet werden kann.

Der Gauleiter teilte mit, dass er nicht einmal eine Nachprüfung der Uebelstände zusagen wolle, solange die Deutschen in Dänemark „geknechtet“ würden. Die drohenden und erpresserischen Äusserungen, die die Nazifunktionäre gegenüber der dänischen Minderheit getan hätten, seien — schrieb der Gauleiter — offensichtlich im Rahmen von Privatgesprächen erfolgt und er könne leider niemanden hindern, Privatgespräche mit Angehörigen der dänischen Volksgruppe zu führen.“

„Unzuverlässig“.

„Schliesslich erklärte Lohse, dass grosse Teile der dänischen Minderheit als unzuverlässige Elemente zu betrachten seien. Wenn diesen Leuten daraus Nachteil erwachse, sei das nur gerecht. Wer aber als „unzuverlässig“ zu gelten habe, — darüber Feststellungen zu treffen, stehe einzig und allein der Nazi-Partei zu. In diese Dinge habe sich keine Minderheitsvereinigung einzumischen.“

Lohses unverschämter Brief hat nicht nur bei den Dänen, sondern auch in der deutschen Bevölkerung Flensburgs und ganz Südschleswigs tiefe Empörung ausgelöst, die aber natürlich nach aussen hin nur selten gezeigt wird. Ich sass neulich in einem kleinen Lokal, in dem ein Lautsprecher aufgestellt war. Es war gerade die Rede eines Naziagitators zu hören. Der Redner sagte etwa, dass Deutschland nichts weiter verlange, als dass dem deutschen Volkstum dieselbe Achtung entgegengebracht werde, die es selbst jedem fremden Volkstum selbstverständlich jederzeit erweise.“

„Elende Heuchler!“

„Einer von den Anwesenden, ein Arbeiter hieb mit der Faust auf den Tisch und rief: „Elende Heuchler!“ Da kam gleich der Wirt angerannt und forderte den Arbeiter auf zu gehen und nie mehr in das Lokal zu kommen. „Eigentlich wäre ich verpflichtet, Sie der Polizei zu melden, dann kämen Sie ins Lager! Dass ich Sie nicht anzeige, kann mir teuer zu stehen kommen.“ Es waren nur wenige Menschen in der Wirtschaft, die der Besitzer alle kannte. „Wenn Fremde dabei gewesen wären“, sagte er hinterher, „hätte ich die Sache anzeigen müssen. Ich könnte sonst riskieren, dass man mir den Laden zumacht. Es ist eine Schweinerelle.“

Soweit der Bericht aus Flensburg. Jeder Kommentar erübrigt sich eigentlich.

Nirgendwo im nichtfaschistischen Europa wird eine derartige Entnationalisierungspolitik gegenüber einer Minorität betrieben, wie sie Deutschland gegenüber den „blutverwandten“ nordischen Menschen anwendet, die das Unglück haben, Bürger des Dritten Reiches sein zu müssen. Nirgendwo aber ist so viel vom Schicksal der Minoritätsrechte die Rede, wie in der Goebbelspresse.

„Elende Heuchler!“ ...

deutschem Mist zu säubern. Er wurde mit Schimpf und Schande davongejagt, und kann nun, ungestört durch sonstige Tätigkeit, über neudeutsche Freiheitsbegriffe nachdenken.

Gelernte Untertanen

Es klappt immer besser. Wenn Hitler redend durch Deutschland reist, dann fahren ihm Sonderzüge voran. Darin wird die Bevölkerung verfrachtet, die stundenlang die Strassen zu säumen hat, durch die am Abend sein Auto saust. Die Erfüllung dieser Bürgerpflicht ist im Dritten Reich nicht so einfach wie zu Wilhelms Zeiten, wo Hurraschreien und Hüteschwenken genügte. Aber Wilhelm war ja auch nicht mehr so ein unmittelbar in der ersten Generation von Gott Gesandter wie Hitler. Da gehört zur Begrüssung schon ein bisschen mehr. Das will gelernt sein.

Heute bekommt der Teilnehmer an einer Hitler-versammlung bereits im Sonderzug eine genaue Anweisung in die Hand ge-

drückt, aus der er alles zu entnehmen hat. So berichtet man uns aus dem Rheinland:

„In den Handzetteln wird u. a. gesagt, dass unter keinen Umständen die Absperungen durchbrochen werden dürfen, sonst leicht Personen „zu Fall kommen können“. Niemand soll sich an den Willen des Führers drängen, um Autogramme zu erbitten, der „Führer brauche nach diesen Tagen der Anstrengungen Ruhe“. Man dürfen auch keine Blumen geworfen werden, denn dadurch würde den Fahrern die Sicht genommen und es können Unglücksfälle entstehen. Unter keinen Umständen dürfen bei der Vorbeifahrt des Führers Fotoapparate hochgehoben werden; durch würde „anderen Leuten nur die Sicht genommen“ und alle Leute hätten das Recht, den geliebten Führer zu sehen.“

Und diese Sorge der SS bei den Absperungen! Man konnte klar erkennen, dass die Anweisungen an die SS sehr streng waren. Nicht einen Zentimeter gab man nach. Wehe, wer vom Bordstein herunterging, wurde unerbittlich in die hinterste Reihe verwiesen und bei Weigerung, zurückzugehen, sofort festgenommen.“

Ein hohes Spiel

Die Wahlen in der Tschechoslovakei

Prag, Anfang Mai.

Gemeindewahlen in einem kleinen Staat sind gewöhnlich kein grosses politisches Ereignis. Die bevorstehenden Gemeindewahlen in der Tschechoslovakei sind es, denn es geht nicht darum, nach welchen kommunalpolitischen Grundsätzen die Gemeinden verwaltet werden sollen, sondern um die Verteilung der Macht in einem Lande, das im Mittelpunkt des Weltinteresses steht. Was heute in der Tschechoslovakei geschieht, kann morgen für das Schicksal Europas entscheidend sein.

Die Ausschreibung von Neuwahlen — sowohl zum Parlament wie zu den Gemeinderäten — ist von der sudetendeutschen Partei K. Henleins gefordert worden. Diese Forderung ist teilweise erfüllt worden von der Regierung Hodza nach dem Austritt der deutschen aktivistischen Minister, das heisst von der ersten rein tschechischen Regierung, die es seit vielen Jahren nun wieder gibt. Diese Regierung gibt der sudetendeutschen Partei eine neue Gelegenheit, sich als die Vertreterin der grossen Mehrheit der deutschen Bevölkerung im Staate zu legitimieren; sie tut das, wie man annimmt, in der Absicht, nach den Wahlen in Verhandlung mit ihr einzutreten, die eine Befriedung der Deutschen im Rahmen des Staates zum Ziele haben sollen.

Die Männer, die die gegenwärtige tschechoslovakische Regierung bilden, sind zum Teil sehr kluge Politiker; sicher sind sie alle klug genug zu begreifen, dass sie ein sehr hohes Spiel spielen. Sie sind alle mehr Praktiker als Doktriniere, und als Praktiker sind sie praktisch genug, sich auf die Doktrin der Demokratie zu berufen, die jetzt, nach Ablauf der normalen Mandatsdauer, die Ansetzung von Neuwahlen fordert. Schwerlich hätten sie unter anderen Umständen Bedenken getragen, aus Gründen der Staatsnotwendigkeit die Wahlen weiter hinauszuzögern, den der Selbstmord aus doktrinären Gründen liegt ihnen ganz und gar nicht. Ihr Entschluss, Wahlen auszuschreiben, war eine politisch-taktische Entscheidung.

Man mag diese Entscheidung wie immer beurteilen, sicher wäre falsch anzunehmen, sie sei das Ergebnis einer Panikstimmung. Sehr im Gegensatz zu den Deutschen haben die Tschechen während der stürmischen Ereignisse der letzten Wochen gar keine Nervosität gezeigt. Sie sehen den Krieg noch lange nicht in der Nähe und glauben zuversichtlich, dass er mit ihrem, d. h. ihrer Alliierten, Siegen enden wird. Dieser Glaube hat durch die neuen Verhandlungen der Westmächte mit Italien neue Nahrung erhalten; man glaubt, dass Mussolini, aufgeschreckt durch den Verlust seiner Stellung in Oesterreich, sich in die Front jener Mächte einreihen wird, die eine Hegemonie Deutschlands über Süd-Osteuropa nicht wollen. Man zeigte sich darum auch für den Besuch des (nebenbei gesagt jüdischen) englischen Kriegsministers Hore Belisha in Rom viel mehr interessiert als für den Staatsbesuch Hitlers, dem man mehr dekorative Bedeutung beimisst.

Nicht unwahrscheinlich ist, dass auch bei den neuesten Entschlüssen

englischer Rat direkt oder indirekt mitgewirkt hat. Auf alle Fälle ist man in Prag mit Rücksicht auf England bemüht, jeden Anschein zu vermeiden, als ob man unvorsichtig mit Explosivstoffen hantierte; man ist bestrebt, den Deutschen ein Mass von Entgegenkommen zu zeigen, das selbst Böswillige daran hindern soll, im Falle des Ausbruchs von Feindseligkeiten die Schuld bei Prag zu suchen.

Bei alledem ist zu bedenken, dass es sich um ein Entgegenkommen nicht an die deutsche Bevölkerung selbst handelt, sondern an eine Partei, die blindlings der Führung in Berlin folgt und deren letztes Ziel zweifellos die Losreissung der deutschen Gebiete vom tschechoslovakischen Staate ist. Die Prager Regierung kann unmöglich so blind sein, das nicht zu sehen, sie weiss selbstverständlich auch, dass ein rein tschechischer Kleinstaat, der von einem deutschen 80-Millionen-Staat unklammert ist, ein politisches Eigenleben zu führen nicht mehr imstande ist. Sie weiss, dass es für den Staat Masaryks um Sein und Nichtsein geht. Irgendwann und wo wird also der Punkt erreicht werden, an dem sie den drängenden Forderungen der sudetendeutschen Partei ihren Widerstand entgegensetzen wird — vorausgesetzt natürlich, dass sie dann auch noch die Kraft haben wird, dies zu tun. Dazu gehört auch, dass sie dann wenigstens noch einen Teil der deutschen Bevölkerung hat, auf den sie sich stützen kann.

Nachdem sich Agrarier und Christlichsoziale in der unrühmlichsten Art und Weise gleichgeschaltet haben, bleibt im deutschen Gebiet der Tschechoslovakei nur noch eine Partei übrig, die in Opposition zu Konrad Henlein steht, das ist die *Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei*.

Sie steht gegen eine fanatische, zu jedem Terror entschlossene Mehrheit in schwerem Kampf. Sie braucht zwar einstweilen noch nicht das Konzentrationslager zu fürchten, sie kann sogar einige Zeitungen herausgeben und Versammlungen abhalten, aber ihre Anhänger stehen unter dem schwersten gesellschaftlichen Druck und erleiden im wirtschaftlichen Leben jede nur denkbare Benachteiligung.

Wenn diese tapfere Minderheit bisher noch nicht unter den Schliffen geraten ist, sondern sich vielmehr mit bewunderungswürdiger Tapferkeit zum Kampfe stellt, so dankt sie dem Umstand, dass sie bisher immer noch in der Staatsmacht eine Stütze gefunden hat. Würde ihr diese Stütze entzogen, so bliebe ihr nichts anderes mehr übrig als der Versuch der Selbsthilfe. Sie würde ihn vielleicht mit ihrem Untergang bezahlen, aber das völlige Verschwinden des Einflusses der Prager Regierung würde die sichere Folge sein.

Schon jetzt stehen die Dinge in den deutschen Gebieten so, dass von einem geordneten Funktionieren der Staatsautorität kaum noch die Rede sein kann. Die Anhänger Henleins benehmen sich, als wären sie schon im Dritten Reich, und die staatlichen Organe beschränken sich dabei auf die Rolle stummer Zuschauer. Dabei rächen sich auch die Fehler der Vergangenheit. Gerade jetzt erweist es sich als höchst unheilvoll, dass die Prager Regierung in die deutschen Gebiete so viel tschechische Polizeibeamte geschickt hat, die die deutsche Sprache nur sehr unvollkommen beherrschen. Für den Staat wäre es besser gewesen, hätte er sich rechtzeitig einen Stamm zuverlässiger deutscher Beamten geschaffen, als dass er jetzt lediglich auf

tschechische angewiesen ist, die für ihre ungeheuer schwere Aufgabe nicht viel mehr mitbringen als ihre unanfechtbare Staatstreue.

Wenn sich die Regierung bei der Ausschreibung der Wahlen auf die Doktrin der Demokratie beruft, so scheint das ungemein einfach. In Wirklichkeit liegen die Dinge recht kompliziert. Die Henleinpartei bildet eine Minderheit der Staatsbevölkerung, zugleich aber auch die Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Soweit sie Minderheit ist, beruft sie sich — wie man sieht mit durchschlagendem Erfolg — auf die freiheitlichen Rechte, die einer Minderheit im demokratischen Staate zustehen. Soweit sie Mehrheit ist, pfeift sie auf alle freiheitlichen Rechte, und ist entschlossen, gegen ihre Minderheit mit allen Mitteln der Vernichtung vorzugehen.

Unter solchen Umständen kann eine wahrhaft demokratische Regierung sich nicht damit begnügen, die Ansprüche zu befriedigen, die die Minderheit erhebt, sie ist auch verpflichtet, dieser Minderheit Einhalt zu gebieten, wo sie selber Mehrheit ist und ihre Macht als Mehrheit missbraucht. Wollte sie das nicht oder könnte sie das nicht, so wäre damit bewiesen, dass es nur noch zwei auseinandergefallene Teile des Staates gibt, aber nicht mehr ein Staatsganzes. Die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei ist die Klammer, die den deutschen Teil der Tschechoslovakei mit dem tschechischen verbindet; fällt sie, so gibt es überhaupt keinen Halt mehr. Hier ist das Problem, von dessen Lösung die Entscheidung im Innern des Staates abhängt, auch sie wird beeinflusst werden durch die machtpolitische Entwicklung in Europa, der bis auf weiteres hier wie anderwärts das letzte Wort gehört.

Des Dritten Reiches Hilfsfiskus

Drückende Last der Kriegsrüstung

Die deutschen Kleinbürger haben Hitler zur Macht verholfen, weil sie von ihm erwarteten, dass er ihren Traum von einem Staat Wirklichkeit würde werden lassen, in dem weder Zinsen noch Steuern gezahlt zu werden brauchten. Das Ideal des steuerlosen Staates ist aber im Dritten Reich keineswegs realisiert worden. Die Höhe der Steuereinnahmen hat im 5. Jahre des Hitlerregimes einen Rekordstand erreicht. Selbst in den beiden Konjunkturjahren der Republik blieben die Steuereinnahmen weit hinter dem Stand von 1937 zurück. 1929 war das Jahr der höchsten Steuereinnahmen seit der Inflation. Sie hatten damals 15 Milliarden betragen. Dieser Stand war bereits 1936 mit 15,2 Milliarden leicht und 1937 mit 17,6 Milliarden um 18 Prozent überschritten worden. „Die Mittel, die der Staat auf dem Steuerwege durch „erzwungenes Sparen“ an sich zieht“, schreibt „Der deutsche Volkswirt“ (14. April 1938), „sind beträchtlich“, und er vermutet, die Quote des Volkseinkommens, die durch Steuern, Abgaben und Zölle von Reich, Ländern und Gemeinden erfasst wird, sei seit 1932 „eher grösser als kleiner geworden“. Man ist aber hier nicht auf Vermutungen angewiesen, sondern kann feststellen, dass der Teil des Volkseinkommens, den der Staat als Steuertribut einzieht, sehr beträchtlich grösser geworden ist. Der Steuerfiskus erhob vom Volkseinkommen 1932 23,4, 1937 25,9 Prozent. Nicht nur der Betrag des

Steueraufkommens, auch sein Anteil am Volkseinkommen ist seit der Inflation niemals so gross gewesen wie 1937. Auch in den beiden Konjunkturjahren vor der grossen Krise war die Belastung des Volkseinkommens mit Steuern des Reichs, der Länder und Gemeinden nicht entfernt so hoch wie 1937. 1928 gingen 20,8, 1929 21,4 Prozent des Volkseinkommens für Steuern drauf.

Die Fachzeitschrift „Die Bank“ (2. März 1938) enthält einen Artikel „Volkseinkommen und öffentliche Abgaben in Deutschland“. Darin wird „die Zunahme der auf das Volkseinkommen gerechneten Steuerlast“ auf die Erhöhung der Körperschaftsteuer zurückgeführt, und auf die Tatsache, dass viele Einzeleinkommen und Vermögen stark gewachsen und infolgedessen in Steuerstufen eingerückt sind, die sie mit höheren Prozentsätzen belasten. Aber die Gewinne konnten so stark wachsen, weil bei steigender Produktion und massloser Anfreiberei die Löhne nicht steigen dürfen. Der vom Führer befohlene Lohnstopp ist das Mittel, die Ausrüstung zu finanzieren und die Kosten auf die Arbeiter abzuwälzen.

Aber der „kleine Mann“ muss ausserdem noch einen beträchtlichen Teil der Steuern aufbringen, die nicht so genannt werden, aber es tatsächlich sind. Die „Bank“ schreibt:

„Den von Reich, Ländern und Gemeinden erhobenen Steuern muss man natürlich die von intermediären Finanzgewalten er-

hobenen hilfsmässigen Abgaben hinzurechnen.“

In solchem Kauderwelsch muss man sich im Dritten Reich ausdrücken, wenn man aussprechen will, dass auch die Beiträge der Zwangsverbände in Wirklichkeit Steuern sind, weil ihre Verwendung der Kontrolle der Mitglieder entzogen ist und weil sie zwangsweise erhoben werden. „Den Charakter hilfsmässiger Abgaben“, d. h. von Steuern, haben auch die „Beiträge und Spenden zur NSV. und zum WHW. usw.“ Diese Abgaben werden mit Recht als „Opfer“ der einzelnen Volksgenossen bezeichnet, aber es sind doch eben Opfer nur in Gänsefüsschen, denn „als Forderer tritt hier — das ist das Besondere dieser Beiträge, Spenden usw. — nicht der „Staat“, sondern das „Volk“ auf“, aber es ist das Volk in Gänsefüsschen. Das Gesamtaufkommen allein des WHW. betrug 1933-34 358 Millionen und war 1936-37 bereits auf mehr als 400 Millionen Reichsmark gestiegen. Speziell die Beiträge mancher Berufsverbände werden „vielfach als drückend empfunden“, zumal „die Nachteile der Doppelbesteuerung, der Ueberwälzung, Umgehung usw. sich mit der Vielzahl der Abgaben und der erhebenden Stellen vermehrt haben“. Diese „Nachteile“ wirken sich so aus, dass die Steuernachlässe zugunsten von Kleinbetrieben sich als eitel Bluff erweisen, weil der „Hilfsfiskus“ ihnen mehr abnimmt, als der Fiskus ihnen nachlässt. Das wird von

Ein Hitlerdiplomate

Baron Georg von Potters

der „Bank“ mit einem aufschlussreichen Beispiel illustriert, das zeigt, dass im Dritten Reich auch die kümmerlichsten Existenzen vom „Hilfsfiskus“ nicht verschont werden. „Die Bank“ schreibt:

„Bis zur Realsteuerreform wurden in Württemberg nach dem Gewerbesteuer-Gesetz von 1928 auch die Kleinbetriebe mit niedrigen Sätzen zur Gemeindegewerbesteuer herangezogen, da es praktisch eine Freigrenze nicht gab. Begründet wurde dies damit, dass aus erzieherischen Gründen grundsätzlich jeder zur Tragung der Lasten der engsten örtlichen Gemeinschaft, der Gemeinde, wenn auch in ganz bescheidenem Masse, mit herangezogen werden soll. Nach dem neuen Reichsgewerbesteuer-Gesetz sind diese Betriebe steuerfrei. In einem Einzelfall — kriegsbeschädigter Kleingewerbetreibender, im Nebenberuf mit einer monatlichen Reineinnahme von durchschnittlich 55 Reichsmark aus zwei verschiedenen gewerblichen Nebenbetrieben — wurde festgestellt, dass zwar die Gewerbesteuer, die jährlich nur wenige Mark betrug, nunmehr wegfällt, dass dafür aber der glücklich Steuerfreie an zwei verschiedenen grosse Reichsverbände als Zwangsmittglied aus seinem Zwerg Einkommen nicht weniger als 2 mal 12 gleich 24 Reichsmark Verbandsbeiträge jährlich zu zahlen hat, mindestens das Fünffache seiner früheren Gewerbesteuer! Dabei ist diesem Volksgenossen — wie wohl noch manch anderem — noch nicht einmal aufgegangen, welchen Nutzen ihm als Kleingewerbetreibenden auf einem württembergischen Dorf das Vorhandensein der beiden grossen Reichsverbände in Berlin bringt, während er früher, als er noch über die paar Mark Gemeindegewerbesteuer „schimpfen durfte“, immerhin einsah, dass ihm „seine“ Gemeinde dafür Schulen baute, Strassen unterhielt usw.“

Früher durften die Kleingewerbetreibenden auf die hohen Steuern schimpfen, aber auch erfahren, wozu sie verwendet werden. Heute dürfen sie weder das eine noch das andere. Dafür dürfen sie des erhebenden Gefühls teilhaftig sein, für die Kriegsvorbereitung zunächst ihr Gut, später auch ihr Blut hingeben zu dürfen. G. A. F.

Man schreibt uns:

Wenn eine Waffenschleibungs-, Hochverrats- und Sprengstoffaffäre von internationalem Format aufgedeckt wird, so taucht neuerdings in irgendwelchen Zusammenhängen der Name *Georg von Potters* auf. Der Mensch hat seine unsaubere Hand im Spiele der Cagouards gehabt; er wusste rechtzeitig zu fliehen. Der Mensch hätte sich neben dem Boris Toedil vor dem Schweizer Gericht wegen Spionage und Waffenlieferung aus Deutschland mit ein paar Spiessgesellen verantworten sollen; er ist entkommen. Er hat Hitler seinerzeit gleich nach der Preisgabe des Widerstandes gegen die Ruhrbesetzung zum Putsch verleiten wollen, aber er ist gegen die anderen Ratgeber unterlegen und Hitler machte seinen Bierkelleraufstand erst zwei Monate später. Für eine Weile war er beim Nazioberrichter etwas in Ungnade gefallen und Hitler „verbannte“ ihn nach Italien. Auf diese Weise entging er dem „Hochverratsverfahren“, das später über Ludendorff, Hitler und Genossen erging und mit lächerlichen Freisprüchen oder Bestrafungen endete.

Nach Italien bekam er seine besondere Mission mit. Er sollte den Antisemitismus dort populär machen und in die faschistische Staatsraison hineinbugsieren. Rednergabe besitzt er, er spricht ausgezeichnet italienisch und auf Diplomatie versteht sich der ehemalige Generalkonsul des kaiserlichen Oesterreich gut.

Antisemitismus in Italien populär machen ist eine undankbare Aufgabe. Das italienische Volk hat kein ethnologisches Ueberheblichkeitsgefühl. Es tut sich viel darauf zugute, dass es viele Volksstämme eingegliedert hat und fragt nicht nach deren Herkunft. Ausserdem ist das Verhältnis von jüdischen und anderen Italienern etwa wie 1 zu 1000. Potters hat in vielen Versammlungen die antisemitische Note hineinklingen lassen, er wurde in höflichen

und schroffen Formen abgelehnt. Dabei passierte es ihm regelmässig, dass er ein Argument für den Antisemitismus geltend machte, welches die Italiener gegen seine Berechtigung anführen: die ziffermässig hohe Beteiligung der Juden an sozial wichtigen Fähigkeiten mit leitendem Rang. Potters mochte in die Versammlung à la Hitler-Streicher hineinbrüllen: „Überall ist Judas Macht zu spüren.“ Der Italiener gibt das zu, aber er denkt das so: „Wir haben unter elf Generalen fünf jüdische; wir haben grosse Gelehrte, viele jüdische mit an der Spitze; unter unseren Künstlern gibt es jüdische in Masse, im Kommerz und in der Verwaltung spielen jüdische Männer mit beachtlichen Leistungen Hauptrollen. Und das Volk, das uns diese Dienste erweist, sollen wir hassen?“ Was in Deutschland so verhetzend wirkte, hat in Italien seine Wirkung völlig verfehlt. Darüber war Potters, ein fanatischer Antisemit, totunglücklich.

Auch „oben“ war der Antisemitismus schlecht angeschrieben. Ein Priester hatte die „Weisen von Zion“ ins Italienische übersetzt und die Schrift mit einem Vorwort Mussolini gewidmet. Der also Beehrte liess sich den Uebersetzer kommen und es entwickelte sich etwa folgender Dialog:

Mussolini: „Glauben Sie daran, was Sie da übersetzt haben?“

Priester: „Selbstverständlich.“

Mussolini: „Sie glauben also, dass jüdische Aerzte ihre christlichen Patienten in den Tod hineinkurieren wollen; dass dieses Volk ohne Staat und organisierte Macht die Weltherrschaft anstrebt?“

Priester: „Im Grunde ist es so.“

Mussolini hat den Mann auf 1,5 Jahre ins Narrenhaus bringen lassen. Ludendorff hat ihm das lange nachgetragen. Hitler kam darüber hinweg. Nachdem Hitler seine fidele Festungshaft angetreten hatte — März 1924 — musste Potters die antisemitische

Mission nach „oben“ wiederaufnehmen. Er wollte Mussolini selbst sprechen und bat Neurath, damals Botschafter in Rom, um Vermittlung. Neurath hielt Hitler für einen vermachten Narren und er äusserte ziemlich ungeniert seine Ansicht. Er lehnte die Vermittlung ab. Es gelang Potters, mit Farinazzi, dem ehemaligen Generalsekretär der faschistischen Partei, bekannt zu werden. Farinazzi gehört zu den wenigen Italienern, die damals schon etwas für den Antisemitismus übrig hatten. Heute ist er sein Vorkämpfer. Trotzdem, Potters wurde nur vom Innenminister *Da Finzi*, nicht von Mussolini selbst, empfangen.

Nun begann Potters die arische Theorie frei nach Chamberlain, Dinter, Stapel, Klagges zu entwickeln. Was die Arier, ihr „Hauptstamm“ die Germanen besonders, für prachtvolle Kerle, was die Semiten für erbärmliche Nutzniesser und Ausbeuter seien, darüber wurde er unendlich redselig. Da Finzi hörte sich den Redner lange geduldig an. Dann gestattete er sich die Einwendung: „Ich will ja glauben, dass Ihre Arier, Ihre Germanen zu allererst, grossartige Menschen sind; mir fehlt aber das Organ für Ihre uneingeschränkte Bewunderung und das wird wohl daher kommen, weil ich selber der semitischen Ausbeuter- und Nutzniesser-Rasse angehöre. Ich kann darüber aber doch nicht so unglücklich sein, wie Sie es wahrscheinlich haben wollen, denn ich bin der Meinung, dass die beiden, der Arier wie der Semit, so ungefähr von demselben Affen abstammen werden.“

Ein Reifall, der Potters die Lust verdarb, in Italien Antisemitismus hochzubringen. Wo immer er aber später intrigierte, konspirierte, Attentate vorbereitete, Hochverratsdelikte inszenierte, die antisemitische Beigabe fehlte nie. Jetzt soll Potters wieder in den diplomatischen Dienst gegangen sein. Nach dieser Vergangenheit kann ihn Hitler auch volltollig gut brauchen.

tember 1937 betreffend Richtlinien für die Verladung und Beförderung von Tieren.

„Darin wird unter anderem hervorgehoben, dass die Eisenbahnbeförderung altersschwacher oder gebrechlicher Pferde eine tierquälerische Handlung bedeutet und deshalb zu unterlassen ist.“

Allerdings scheint die Hitlerjugend mit dem Reichsminister des Inneren nicht einer Meinung zu sein, denn der Artikel berichtet:

„Die Klagen, dass jugendliche und Kinder Tierquälereien begehen und keinerlei Verständnis für die Schmerzen der Tiere zeigen, wollen nicht verstummen. Man hat den Eindruck, dass der mit dem Erlass des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 15. November 1934 verfolgte Zweck der Belehrung der Jugend über den Tierschutz bisher nicht überall erreicht worden ist. . . . Seitdem die im Rahmen der Tierschutzvereine bestehenden Jugendverbände aufgehoben worden

sind, um die Geschlossenheit der Hitlerjugend zu gewährleisten, fehlt es ganz offensichtlich an genügenden Möglichkeiten, der Jugend tierschützerische Gedanken näher zu bringen. Von verschiedenen Seiten ist deshalb schon der Vorschlag gemacht worden, die Hitlerjugend möge zu ihren sonstigen Erziehungsaufgaben auch die Aufklärung der jungen deutschen Menschen über Tierschutzfragen übernehmen. Dies wäre um so erwünschter, als unser heutiger Tierschutz echtes nationalsozialistisches Gedankengut enthält und gerade die HJ besonders geeignet wäre, dieses Gedankengut ihren jugendlichen Angehörigen zu vermitteln.“

Wenn es „offensichtlich an genügenden Möglichkeiten“ fehlt, so scheint der Herr Ministerialrat darauf anzuspielen, dass die früher bestehenden Tierschutzzeitschriften für die Jugend eingegangen sind, „um die Geschlossenheit der Hitlerjugend zu gewährleisten“. Diesem Uebelstand liesse sich vielleicht dadurch begegnen, dass der „Stürmer“, der anordnungsgemäss als Lehr-

mittel in den deutschen Schulen verwendet wird, eine kleine Rubrik „Tierschutz für Jugend“ in seine Veröffentlichungen einfügt.

Die Staatskirche. Eine nationalsozialistische „Denkschrift zur Befriedung der evangelischen Kirche“ setzt die letzten Schritte auseinander, die „den Einfluss der Bekenntnissynode auf das Kirchenvolk brechen sollen“. In der Praxis ist die evangelische Staatskirche schon da, und bald wird der braune Mythos das Christentum daraus verdrängt haben.

Verrechnet. Fürst Starhemberg ist zu Hitler übergelaufen, um seinen Besitz zu retten. Der „Völk. Beobachter“ fordert trotzdem die Enteignung des Starhembergschen Besitzes, zu dem 13 Schlösser gehören, da die Starhembergs bei den Protestantenverfolgungen früherer Jahrhunderte protestantischen Bauern Land geraubt hätten.

Der blaue Blick

Vier Jahre hatten wir uns nicht mehr gesehen. Nun sass sie mir gegenüber — etwas schmaler geworden, an den Schläfen der erste graue Schimmer — und erzählte einiges aus ihren ärztlichen Erfahrungen.

„Sie wundern sich, dass ich noch keine Kinder habe? Die Kindnarrin, nicht wahr? Ja, diese Sehnsucht habe ich mir etwas abgetragen. Vielleicht hängt das mit jener Frau N. zusammen, die wegen Schlaflosigkeit zu mir kam. Eine Zeitkrankheit, in allen Ländern im Ansteigen begriffen, vor allem in Deutschland. Man hat in Stuttgart deshalb ein Institut gegründet, das spezielle Heilmethoden gegen Schlaflosigkeit entwickeln soll. In hartnäckigen Fällen ist das beste noch immer die Psychotherapie, mit der man hinter die seelischen Ursachen des Leidens zu kommen sucht.“

Es war schwer, jene Frau zum Reden zu bringen. Sie hatte offenbar auf medizinische Mittel oder auf elektrische Behandlung gehofft, aber das erschien zwecklos, denn man sah ihr die seelische Verstörung auf den ersten Blick an. Ich war auf irgend welche Drangsalierungen gefasst, die sie gesehen, von denen sie gehört oder die sie erlebt: Schindereien durch die Gestapo, Drohung mit Denunziation, Erpressung, die allgemeine persönliche Unsicherheit, aufgespeicherte Wut, die sich nicht entladen kann, weil sie sich nicht einmal in Worten heraus traut. Das alles gehört ja heute bei uns zu den häufigsten Ursachen der nervösen Erkrankungen. Darum versucht der tüchtige Arzt zuerst, auch politisch das Vertrauen des Patienten zu erlangen. Ich redete ihr also bei der elektrischen Massage zu, sprac von den merk-

würdigen Zeiten und deutete an, was der deutsche Arzt in der Sprechstunde alles zu hören bekommt. Aber ich erfuhr nicht viel mehr, als dass ihr Mann demokratischer Gesinnung und ihr Sohn „auf der anderen Seite“ sei.

Ihr Leiden wich durch die elektrische Massage nicht, im Gegenteil, sie klagte über zunehmende Kopfschmerzen. Da wurde ich energisch: entweder alle Schmerzen rund heraus sagen oder niemand kann Ihnen helfen. . . . Sie erschrock, gab sich einen Ruck, begann zu sprechen. Der fünfzehnjährige Sohn gehörte der Hitlerjugend an. Sein Schlafzimmer liegt neben dem der Eltern. Die Fenster beider Schlafzimmer stehen den grössten Teil des Jahres offen. Der Vater träumt lebhaft und spricht im Schlaf. Im Traume entladen sich Bedrückungen und Verdrängungen des Alltags. Auch in Worten. Der Sohn nun will gehört haben, wie sein träumender Vater das Hitlerregime in den tollsten Ausdrücken beschimpft habe. Sagt ich Ihnen schon: der Vater ist ein Beamter, der wegen seiner Gesinnung dauernd zurückgesetzt wird.

Der Sohn, ein Frühaufsteher, muss die Schimpfereien entweder vom Fenster oder von der Tür her abgehört haben. Einige Tage später hat er der Mutter merken lassen, was er wusste. Es stimmte leider, denn die Mutter ist durch die nächtlichen Phantasieren ihres Mannes mehrfach aufgewacht und kennt also den Refrain ungefähr. Seitdem hat der Sohn einen Trumpf in der Hand, den er gegen die Mutter zu kleinen Erpressungen ausnützt. Sie muss ihm heimlich mehr Taschengeld geben, muss seine Ungezogenheiten übersehen, kurz, sie hat die Direktion völlig verloren. Tritt sie dem Jungen entgegen, so droht er,

Nicht etwa mit Denunziation, nein, der kleine Henchler wagt das Gesicht. Er droht nur, er wolle dem Vater einmal so nebenbei sagen, dass es nicht gesund sei, wenn man nachts zu laut träume, denn usw. usw. Folgen politische Drohungen. Die Mutter fürchtet ein solches Gespräch zwischen Vater und Sohn, weil sie weiss, dass der Mann dann auch nicht mehr schläft. Der Sohn kennt die Angst, der Mutter. Fünfzehnjährige haben ja die schwachen Punkte ihrer Eltern sehr bald heraus. . . .“

Sie schwieg und trank ihren Kaffee. Dann sah sie mich an und nickte in stummer Sprache.

„Und Sie? Was haben Sie der Frau geraten?“ fragte ich nach einer Pause.

„Was soll man da raten? Solche Fälle sind ja heute bei uns leider nicht selten und man steht als Aerztin hilflos davor. Ich habe versucht, die Sache zu bagatelisieren, aber da gerät man natürlich in Verlegenheitsphrasen, denn der Fall ist ja unheilbar, solange der Junge droht, „dem Vater alles zu sagen“. Man müsste mit dem Jungen reden. Einmal habe ich ihn gesehen. Ein offenes, klares Gesicht, nichts Hinterhältiges, Gemeines zu erkennen. Was soll man da tun? Hier ist die Medizin zündend und beginnt die Politik. Es gäbe eine politische Diskussion. Aber wer von uns kann sich heute mit solch einem Jungen auf solchen Disput einlassen, ohne Gefahr zu laufen, dass einem die Praxis geschlossen wird?! — Der Kummer der Mutter liegt ausserdem tiefer. Nach ihrer Schilderung war der Junge noch vor Jahren ein gutartiges Kind, offen, aufgeschlossen, ohne Bösartigkeit. Eltern und Sohn kamen gut miteinander aus. Es war eine ordentliche kleine Kameradschaft. . . . Jetzt quält

sich die Mutter mit der Frage ab, was sie oder ihr Mann versehen oder versündigt haben, dass der Sohn so entraten konnte. Sie gräbt am Stammbaum herum — das ist die neue Mode. . . .“

Sie schwieg wieder und sah an mir vorbei. In ihrem schmalen Gesicht malten sich Verlegenheit, Trauer, Hilflosigkeit.

„Jetzt schlafe auch ich nicht mehr richtig. Komisch, nicht? Die Aerztin, die Schlaflosigkeit heilen soll, verliert darüber ihren Schlaf. Wie bitte? Nein, nicht wegen diesem einen Jungen. Ich sagte Ihnen schon: das alles ist uns nicht neu, das ist kein seltener Fall. Man wird da von seiner Praxis schon etwas abgehärtet. Aber die Mutter hat da etwas noch Schwereres angerührt. Sie fragt: Wie ist das möglich? Was haben wir versündigt? Wie kann solche Bösartigkeit plötzlich in Kinder fahren, die bis dahin gutartig waren?! Darauf finde ich keine rechte Antwort, wenn ich ehrlich sein soll. . . . Die jetzige Umgebung des Jungen, das Milieu, meinen Sie? Ja, das kann man sagen. Wenn das jedoch richtig wäre, dann wäre es grauenhaft. Ein harmloses Kind kann in wenigen Jahren so entarten, ein Verräter seiner Eltern, ein kleiner politischer Erpresser werden? Das Elternhaus gehört ja schliesslich auch zum Milieu, und das war gut. Man hat doch etwas Menschenkenntnis. Der Vater hat mit seiner politischen Gesinnung dem Sohn immerhin das Beispiel eines nicht alltäglichen, aufrechten Charakters gegeben. In dieser günstigen Umgebung ist der Junge aufgewachsen. Und dann kann plötzlich diese gemeine Wendung kommen?“

Sie heftet ihre grossen, grauen Augen fragend auf mich. Die Situation hatte sich verschoben. Ein Patient sass vor mir und ich sollte der Seelenarzt sein. Ich suchte

Die weibliche Ersatzreserve

Deutsche Akademikerinnen in Kriegserwartung

Wenn auch der vor Hitlers Machtergreifung verkündete Grundsatz: „Frauen, zurück ins Haus!“ von den Nationalsozialisten preisgegeben wurde, sobald die Kriegswirtschaft aller verfügbaren Männer, Frauen und Kinderhände bedurfte, wenn auch gegenwärtig Frauen aller Altersklassen in den Fabriken, auf den Baustellen und Feldern harte Arbeit leisten, so hatte doch ein anderer Befehl bis vor kurzem Gültigkeit, der Befehl: „Frauen hinaus aus den akademischen Berufen!“ Obgleich es gerade an akademischem Nachwuchs empfindlich mangelt, konnte der Konkurrenzneid in dieser Sphäre nicht so rasch zum Schweigen gebracht werden. Die Juristin, die Volkswirtin, die Philologin, selbst die Ärztin hat noch heute wenig Aussicht, im staatlichen Dienst unterzukommen. Die nationalsozialistischen Kollegen halten es für unter ihrer Würde, Frauen als Mitarbeiter oder gar als Vorgesetzte in ihren Ämtern, in den Schulen und Krankenhäusern zu dulden. Deshalb werden die gehobenen Beamtenberufe schlicht als „unweiblich“ bezeichnet. Deshalb musste das letzte Jahrbuch der Lehrer der höheren Schulen, das bitter über die Lücke im Lehrernachwuchs klagte, gleichzeitig zugeben: „Ungünstig liegen noch heute die Verhältnisse der Philologinnen“. Deshalb antwortet der „Sozialdienst“ des „Berliner Tageblattes“ (Nr. 121) einem besorgten Vater:

„Ihre Tochter ist gerade Assessorin geworden und sucht nach einem geeigneten Arbeitsgebiet. Eine materielle Lebensversicherung durch selbständige Anwaltspraxis oder als Richterin erscheint Ihnen nicht gegeben. Sie haben in der Tat recht, wenn Sie diese mehr männliche Berufsausübung nur in Ausnahmefällen als für Frauen passend halten.“

Nun aber folgt eine praktische Anregung, was das Mädchen nach etwa sechsjährigem Studium beginnen könne:

„Es dürfte Ihnen bekannt sein, dass alle sozialen, das heisst volkspflegerischen Berufe, jetzt mehr denn je Mangel an geeigneten, geschulten und berufenen Kräften aufweisen. Diese Lücke dürfte sich in absehbarer Zeit auch noch nicht restlos füllen lassen. Unser Rat geht also dahin: Die Jungjuristin mit volkspflegerischen Neigungen wende sich an eine der in den meisten Gauen vertretenen Volkspflegerinnen (Wohlfahrtsseminare), oder an die örtliche Leitung der NS-Volkswohlfahrt, oder an die Vertreterin des Deutschen Frauenwerks mit der Bitte um Nachweis des kürzesten und praktischsten Weges zur Einführung in den Dienst als Volkspflegerin. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Ausbildung der Volkspflegerin sind locker gehalten und ministerielle Sonderregelungen vorgesehen, so dass zu erwarten ist, dass Ihre Tochter bei wirklicher sozialer Eignung kurzfristig die zusätzliche Berufsschulung erhalten kann, um alsbald in die Praxis zu gelangen.“

„Kurzfristig“, das bedeutet, wie die Praxis lehrt, mindestens ein Jahr Volkspflege, mindestens ein Jahr Hospitantendienst und — wenn irgend angängig — noch ein Jahr Säuglingspflegekursus dazu. Möglich, dass dem Fräulein Doktor bereits

im zweiten Jahr der volkspflegerischen Lehrzeit „entgegenkommend“ ein Taschengeld bewilligt wird. Mehr als ein Taschengeld bestimmt nicht, Vater muss weiter zahlen.

Kein Wunder, dass diese prächtigen Aussichten viele Abiturientinnen vom Studium abschrecken. Die „Oberschule für Mädchen“ ist auch garnicht darauf eingerichtet, die Mehrzahl der Schülerinnen an die Universität heranzuführen. Während die Jungen zwischen Oberschule und Gymnasium zu wählen haben, kennt das Mädchenschulwesen nur eine Form der höheren Schule. Koedukation ist grundsätzlich ausgeschlossen. Während die Jungen entweder die mathematisch-naturwissenschaftliche oder die fremdsprachliche Klasse der Oberschule besuchen dürfen, hat die Oberschule für Mädchen nur eine hauswirtschaftliche und eine sprachliche Abteilung mit Englisch von der ersten und einer zweiten Fremdsprache von der sechsten ab. (Die Jungen lernen von der ersten Klasse ab Latein, von der dritten Klasse ab Englisch, von der sechsten Klasse ab eine weitere neue Sprache nach Wahl). Unterricht in Griechisch, wie er im Gymnasium erteilt wird, und eine mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse sind für die Mädchen überhaupt nicht vorgesehen. Dafür müssen aber auch solche Abiturientinnen, die sich nicht für die hauswirtschaftliche Form der Oberschule entscheiden, nach Beendigung der Schulzeit eine hauswirtschaftliche Prüfung ablegen, die keine geringen Anforderungen stellt. Nur die Zahl der Turnstunden ist bei Burschen und Mädchen die gleiche: fünf Stunden wöchentlich.

Die deutsche Oberschule für Mädchen soll nicht zum Studium hinführen, sondern davon abschrecken. Deshalb wird auch die Mär von der „Unweiblichkeit“ fast aller akademischen Berufe schon den Acht- und Neunjährigen aufgetischt.

Aber die Dinge liegen nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Deutschland rüstet zum Krieg, und die Organisatoren wissen genau, wie nötig im Kriegsfall eine Reservearmee weiblicher Akademiker gebraucht wird. Sie sehen mit Sorge, dass diese Reserve bis heute fehlt und dass die Zahl der Studentinnen weiter abnimmt. Deshalb beginnt man in neuerer Zeit, das Steuer herumzuwerfen und in auffälliger Weise für das Frauenstudium zu werben. Nur bis zu den Schulleuten ist der Schrei nach studierten weiblichen Hilfskräften noch nicht vorgedrungen. Sie halten noch bei der gestrigen Parole, wie das im Bereich der deutschen Ueberorganisation, wo ein Amt nicht weiss, was das andere tut, so üblich ist. Es ergibt sich das erheiternde Bild, dass die Schulbehörden die Absichten der Vierjahresplan-Führer sabotieren, ohne es zu wissen und zu wollen. Man wird sie Mores lehren, sobald man Zeit dazu hat.

Vorläufig hat man anderes zu tun. Man zerbricht sich den Kopf über eine hochwichtige Frage. Wie sollen die Nationalsozialisten in den Gerichten, in den höheren

Lehranstalten, in den staatlichen Kliniken und Krankenhäusern dahin gebracht werden, ihre frauenfeindliche Einstellung aufzugeben? Und wenn sie nicht dahin gebracht werden können — sie haben die Möglichkeit, etwaige Anregungen von oben zu sabotieren — wo bringt man dann die Akademikerinnen-Reserve unter, bis der Führer zu den Waffen ruft und alle, alle kommen? Es gibt nur einen Weg. Da die staatlichen Stellen die Aufnahme verweigern, muss der Parteiapparat erhalten. Wenn schon zwei komplette Beamtenapparate bezahlt werden, kommt es auf ein paar hundert neugeschaffene Posten nicht an, zumal man die Parteibeamtinnen, für die kein ordentlicher Tarif existiert, entsprechend schlechter besolden kann.

Seit einiger Zeit werden in der dirigierten Presse zahlreiche Artikel veröffentlicht, die den jungen Akademikerinnen diesen „Dienst am Volke“ schmackhaft machen sollen. Da liest man z. B. in der nationalsozialistischen Parteizeitschrift „Die Bewegung“:

„Die NSV. beispielsweise braucht an ihren Volkspflegerinnenseminaren und an ihren sozialpädagogischen Schulen Lehrkräfte mit abgeschlossenem Philologie-Studium; ihr Bedarf ist zur Zeit lange nicht gedeckt. Der Arbeitsdienst für die weibliche Jugend und der BDM, haben Sorge um den Nachwuchs an geeigneten Kräften für die kulturelle Arbeit und die Aufgaben der Schulung und Erziehung.“

Und die „Beauftragte für Wissenschaft und Facherziehung im Amt Studentinnen der Reichsstudentenführung“ Anna Kottenhoff äussert sich in der Tagespresse:

„Die Nachfrage nach männlichen und weiblichen Arbeitskräften hat auch die Frage nach dem Frauenberuf und damit nach dem Frauenstudium einer gesunden, wirklichkeitsgebundenen Betrachtung unterstellt.“

„Gerade beim Frauenstudium sind die Wirkungen eines jahrelangen Misstrauens gegen die Frauenberufstätigkeit nicht ohne weiteres auszuschalten. Die Ansicht, dass das Hochschulstudium für Frauen aussichtslos ist, weil angeblich die akademischen Berufsmöglichkeiten der Frau weitestgehend verschlossen sind, beherrscht auch heute noch in grossem Masse die öffentliche Meinung.“

Die „öffentliche Meinung“ hat zwar heute noch recht, aber die „gesunde, wirklichkeitsgebundene“ Kriegswirtschaft weiss sich zu helfen:

„Unsere Philologinnen finden ein dankbares Arbeitsfeld in der kulturellen Arbeit der NS-Organisationen: im Deutschen Frauenwerk, in der DAF, im BDM.“

Die Volkswirtin findet praktische Einsatzmöglichkeiten als Sachbearbeiterin in den Sozial- und Wirtschaftsabteilungen der NS-Organisationen, insbesondere in der Abteilung Volkswirtschaft — Hauswirtschaft des Deutschen Frauenwerks und darüber hinaus auch bei Befähigung die Möglichkeit, an leitender Stelle in der Verwaltung der Organisationen zu stehen . . .

Besondere Unklarheit herrscht immer über die Berufsmöglichkeiten, die heute

der Juristin offen stehen. Auch die Juristin findet genügend Berufsmöglichkeiten bei NS-Organisationen. Wichtig ist, dass sich die Juristin nicht nur auf ihre juristischen Kenntnisse und ein gutes Examen beschränkt, sondern dass sie sich auch sozial-pädagogische Kenntnisse aneignet, und dass es sich hier um politische Menschen handelt, die einmal fähig sind, in der politischen Arbeit der verschiedenen Organisationen zu stehen.“

Nun aber lässt die „Beauftragte für Wissenschaft und Facherziehung“ allen Spass beiseite und wird ganz deutlich:

„In gleicher Weise ergeben sich auch genügend Berufsmöglichkeiten für die Naturwissenschaftlerin, auch dann, wenn sie sich nicht dem höheren Lehramt zuwendet. Tüchtige Chemikerinnen und Physikerinnen, auch Mathematikerinnen, werden von der Industrie angestellt; stark gesucht sind zur Zeit Pharmazeutinnen . . . Unbestritten war immer die Arbeit der Medizinerin, deren Aufgabe heute vor allem auf dem Gebiete der Gesundheitsführung liegen. Hier ist in erster Linie die Arbeit der NSV-Ärztin zu nennen . . .“

Chemikerinnen und Ärztinnen an die Front! Uebrigens war die Arbeit der Medizinerin bisher durchaus nicht „unbestritten“. Vielmehr weigern sich zahlreiche nationalsozialistische Chefärzte an den Kliniken und Krankenhäusern noch heute, mit weiblichen Assistenzärztinnen zusammen zu arbeiten. Unbestritten ist die Aufgabe der Medizinerin nur insofern, als ausgebildete und praktisch geschulte Kräfte für den Kriegsfall nicht entbehrt werden können.

Man wundere sich nicht, wenn künftig in allen illustrierten Zeitschriften des Dritten Reiches ansprechende, blonde Bildchen auftauchen: „Fräulein Doktor bei der Arbeit“ — „Die junge Akademikerin im Dienst für Volk und Staat“ — „Die deutsche Frau als Volkswirtin“ usw. Diese Reklame hat mit den nationalsozialistischen Grundsätzen nichts zu tun. Die Zehnkinder-Mutter, deren geistiger Horizont über Kammer, Küche, Keller nicht hinausreicht, bleibt auch künftig das Ideal. Aber selbst die Ideale unterliegen dem Kriegsreglement.

Anzeige bei der Gestapo

In der nationalsozialistischen Presse erscheinen häufig Gedichte unter dem Pseudonym „Haho“. Ein Buch dieses Autors („Gezühmte Wespen“) wird als Blüte brauner Poesie weithin empfohlen. Im Lande der „freiesten Demokratie aller Zeiten“ widmet dieser Haho denjenigen, die beim jüngsten Plebiszit den Mut zum Nein hatten, folgende Verse:

„Doch wer das Gesindel kennt,
Von dem kaum ein halb Prozent
Weiss, dass diese Lumpen eben
Ohne ihr Gewissen leben!“

Ob sie Meckerer, ob nur
Kritikaster von Natur —
Heute, morgen und auch später
Sind für uns sie: Volksverräter!“

Nach Haho tragen diese Lumpen und Volksverräter bereits das „Kainsmal“. Da ist die Gestapo nicht weit.

nach einer Erklärung. „Man müsste da mehr wissen“, sagte ich. „Man müsste die Kameraden des Jungen kennen, in den Pubertätsjahren ist das manchmal entscheidender als das Elternhaus. Ausserdem unterliegen Knaben in diesen Jahren mitunter seltsamen Verwirrungen.“

„Richtig. Habe ich mir alles gesagt. Aber auch diese Erwägungen reichen nicht aus. Ich kenne andere ähnliche Fälle, dabei handelte es sich nicht um Pubertätswirren. Die Jungen waren darüber hinaus. Sehen Sie sich diese Jugend an: Tugenden, die früher als selbstverständliche Ideale der Jungen galten — dafür hat heute ein beträchtlicher Teil der neuen Generation nur Lächeln oder Hohn. Alles nur das neue Milieu?“

Ich redete etwas vom braunen Rundfunk, charakterloser Presse, demoralisierender Propaganda. Sie schüttelte traurig den Kopf.

„Nein, reicht alles nicht. Wenn eine Frau einmal anfängt, darüber zu grübeln, kann sie sich damit nicht zufrieden geben. Die Frau hat ja diese Menschheit geboren, wie sie ist, nicht wahr? Also ist die Frau auch eine Quelle dieses Ungeistes. Mann und Frau können einer anständigen Welt angehören — und in den Kindern, in Millionen Kindern bricht der rohe Barbar hindurch? Weltkrieg, Krisen, untergehende Gesellschaftsordnungen, Miasmen, Infektionen überall, gut. Aber wie kann das solch rasch zum Verhängnis werden? Hat es seit einem Jahrtausend nicht immer als ein Verrecht der Jugend gegolten, für Ritterlichkeit, Wahrheitsliebe, Freiheit, gegen Unterdrückung und Misstratierung des Wehrlosen und Unterlegenen zu kämpfen

bis zum Fanatismus? Und heute? Eine Jugend, die der hemmungslosesten Beschimpfung Wehrloser zjubelt; eine Jugend, für die auch Ritterlichkeit eine lächerliche Angelegenheit geworden ist, gut genug, um von ihren Führern bei Paraden missbraucht zu werden. Eine Jugend, die keinen Sinn hat für Wahrheit, Gerechtigkeit, aufrechte, unbestechliche Gesinnung. Es ist kein Wunder, dass dieser Jugend ein Schüler nichts mehr bedeutet.“

„Es gibt auch eine andere Jugend“, warf ich ein. „Sie kann sich bei Ihnen daheim nur nicht öffentlich hervorwagen, ohne Selbstmord zu begehen.“

„Ja, die gibt es. Aber die andere! Wie zahlreich ist die. Ich weiss: das andere, die Menschheitsideale, das kommt wieder, unwiderstehlich, mit der stürmenden Kraft eines uralten rauschenden Mythos. Dass jedoch dies möglich war, diese rasche Zertrampelung aller menschlichen Werte, unter Mithilfe jugendlicher Massen! Man kann auch sagen Massenerkrankung, Irrwahn. Sie können alle Erklärungen der Psychologie und Pathologie heranziehen. Aber dieser Mensch ist doch von Generationen geboren, die noch gesund waren. Nun marschiert er mit kaltem Lächeln über die leibliche Mutter hinweg und lacht dabei über die „verkalkte Welt“ von ehemals. Das Schlimmste: sie lächeln darüber mit einem Gesicht, das keinerlei Zeichen von Verwahrlosung oder bössartiger Pathologie aufweist, mit blauem Blick und offenem klaren Gesicht, in das die Natur keine Warnungszeichen gelegt hat, die für uns erkennbar wären. Sehen Sie, dies normale Antlitz scheinbar gesunder junger Menschen, die in Massen und hohnlachend alles preisgeben, was der Jugend früherer Zeiten heilig war — dies ist das Erschreckendste.

Hier walten Geheimnisse der Natur, die mich gruseln machen. Ich habe so gern Kinder gewollt. Heute fürchte ich mich davor . . .“

Wir schwiegen und hingen unsern Gedanken nach. M. B.

Siegessäule - etwas verrückt

Zwischen dem siegreichen Marsch nach Wien und der nächsten „Ueberraschung“ — die Zeit der Ueberraschungen ist bekanntlich vorbei — wird Deutschland schnell wieder mal ein bisschen „architektonisch erneuert“. Der Führer will es so.

Diesmal ist Berlin an der Reihe, das bisher das Glück hatte, vom „Bauwillen“ des Gottgesandten relativ stiefmütterlich behandelt zu werden. Grosse Kunsttaten stehen jetzt an der Spree bevor. Zum Beispiel: die Siegessäule wird erstens höher — um 6,5 Meter — und zweitens verrückt, um ein paar hundert Meter. Vom Königsplatz zum Grossen Stern. Es handelt sich hier — versichern die braunen Schreiber — um „einen alten Lieblingsplan des Führers.“ Natürlich. Wo immer in Deutschland ein Museum oder sonstwas gebaut oder eine alte Kitzsäule umplaziert wird, geht ein alter Lieblingsplan des Führers endlich der glorreichen Erfüllung entgegen. Das „Berliner Tageblatt“ aber erklärt reinweg, durch die Verrückung der Siegessäule und ein paar andere „Neugestaltungen“ des Berliner Stadtbildes werde Berlin nun endlich eine — bitte, was wohl? — eine Grossstadt werden:

„Sie (die Siegessäule) wird ein Raumakzent, bekommt ihren Sinn als Halt im Raum für die von beiden Seiten im Auto Herangeleitenden . . . Zum ersten Mal wirkt sich das Neue vom Auto her ge-

schaffene Raumgefühl, das die Autobahnen entstehen liess, nun ohne Kompromisse aus . . . Jetzt beginnt die Zeit der wirklichen Grosstadt. („Berliner Tageblatt“ 1938 Nr. 171-72).

Weil der Führer — schon aus Sicherheitsgründen — Berlin nur noch vom eiligst dahinsausenden Auto her kennt, musste das „neue Raumgefühl“ vom Auto her geschaffen werden. Das leuchtet ein. Die Siegessäule also wird den im Auto Herangeleitenden einen „Halt im Raum“ bieten und dadurch „ihren Sinn“ bekommen. Solange sie den nicht hatte, war Berlin ein Dorf. Jetzt aber beginnt die Zeit der wirklichen Grosstadt und damit geht ein alter Lieblingsplan des Führers in Erfüllung. Es ist eine grosse Zeit, in der wir leben.

Theaterspitzel

Das „St. Galler Tagblatt“ berichtet: „Wir fühlen uns der Bürgerschaft gegenüber verpflichtet, der Öffentlichkeit von folgendem Vorkommnis Kenntnis zu geben: Herr Otto Kintzl, Operettentenor am Theater, hatte ein Engagement nach Osnabrück. Dieser Tage erhielt er von der dortigen Direktion die telephonische Mitteilung, das Stadttheater Osnabrück betrachte den Vertrag als gelöst, weil er, Herr Kintzl, im Ankleideraum des St. Galler Stadttheaters sich „deutschfeindlich“ geäussert habe. Die Konversation im St. Galler Theater sei dem Theater in Osnabrück durch das hiesige deutsche Konsulat bestätigt worden.“

Es handelt sich also um eine Denunziation, um einen klaren Spitzelfall. Die Untersuchung ist hier bereits amtlich aufgenommen worden.“

Das Antreiberlohnsystem

Aufbau des Leistungsprinzips / Abbau des Lohnniveaus

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht auf Grund seiner Lohnsummenstatistik eine Berechnung, wonach seit 1935 der Index der tatsächlichen Arbeitseinkommen gestiegen sein soll. Diese Berechnungen reichen bis 1928 zurück, obwohl die frühere statistische Methode der ermittelten tatsächlichen Löhne mit der neuen Methode von errechneten Lohnsummen bestimmter Betriebszweige und Arbeitergruppen eine Vergleichsmöglichkeit überhaupt ausschließt. Diese amtliche Propagandastatistik ist für eine ernsthafte Erforschung der Lohnentwicklung im Dritten Reich unbrauchbar geworden. Die Methode der Lohnsummenerfassung würde auch bei einer korrekten statistischen Ermittlung bei der grundlegend veränderten Lohnpolitik in keiner Weise ein Bild von der wirklichen lohnpolitischen Lage der einzelnen Arbeiter und der Berufsgruppen geben können. Solange es in Deutschland noch kollektive Lohnvereinbarungen und verbindliche Tariflöhne gegeben hat, hätte man unter Berücksichtigung der Zahl der Beschäftigten auch bei den Lohnsummen gewisse Schlüsse auf das tatsächliche Arbeitseinkommen ziehen können. Im heutigen Deutschland stehen die Sätze der Löhne aus den sogenannten Tarifordnungen nur auf dem Papier. Die wirklichen Arbeitsverdienste sind durch ein äusserst kompliziertes System von Zu- und Abschlägen bedingt, die bewusst jede kollektive Norm durchbrechen und die rein individuell gestaltete Lohnbemessung schaffen sollen. Allein in den Tarifordnungen enthaltenen Nominal-Lohnsätze sind illusorisch geworden, weil sich vor allem das Verhältnis zwischen Arbeitsleistung und Lohn in geradezu verhängnisvoller Weise verschoben hat. Die Verschlechterung der Lohnbedingungen aber wird von der ganzen amtlichen Lohnstatistik bewusst verschwiegen.

Das Regime spricht ständig von Leistungslöhnen, ohne zu sagen, wie sie zustande kommen. Es ist das grosse Verdienst der „Deutschlandberichte“ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in das Dunkel der amtlichen Statistik hineingeleuchtet zu haben. Diese Lohnübersichten, die sich auf die Lohnpraxis stützen, haben schon in den früheren Monaten das Bestreben der Nazis aufgezeigt, von den kollektiven Lohnvereinbarungen zum individuellen Leistungslohn überzugehen. In Heft 3 1938 wird jetzt mit wissenschaftlicher Exaktheit eine hinsichtlich ihrer Gründlichkeit, Objektivität und Logik ausgezeichnete Arbeit veröffentlicht, in der die tatsächlich ausgezahlten Lohnbeiträge in Beziehung gebracht werden zu der gleichzeitig unerhöht gesteigerten Arbeitsleistung. Diese Untersuchung zerlegt das raffiniert aufgebaute Akkord- und Prämiensystem, wie es heute für die endgültige Lohngestaltung allein noch entscheidend ist.

Die Rationalisierung, über die wir an dieser Stelle schon ausführlich berichtet haben, vollzieht sich nur zum Teil in der Aufstellung neuer arbeitssparender Maschinen. Massgebend ist die gesteigerte Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters. Das Mittel für diese Art Rationalisierung ist jenes Lohnsystem, das unter der Bezeichnung „Leistungslohn“ eingeführt und täglich weiter entwickelt wird.

Zunächst mussten alle generellen Lohnhöhungen unterbunden werden. Gab es noch im abgelaufenen Jahr Fälle, in denen die von der Kriegsindustrie benötigten Facharbeitergruppen durch Wechsel des Arbeitsplatzes bessere Löhne erreichen konnten, so ist heute durch die Göring-Verordnungen die Freizügigkeit reslos aufgehoben. Der Grundsatz *keine Freizügigkeit — keine Lohnhöhung* hat sich für das Regime voll bewährt. Die neuen Kündigungsvorschriften, die nach Dienstalter abgestuften Urlaubsbestimmungen, die Prämien für Diensttreue (Betriebszugehörigkeit) usw. sind weitere Behelfsmittel, die Arbeiter und Angestellten zwecks Stabilisierung der heutigen Löhne an den Betrieb zu ketten.

Die freie Konkurrenz ist ausgeschaltet, soweit es sich um Lohn- und Ge-

haltsbemessung handelt. Der nächste Schritt zum Lohnabbau war die Verlängerung der Arbeitszeit. Das letzte Mittel bildet die Differenzierung der Lohnbedingungen. Ist die Arbeiterschaft schon organisatorisch atomisiert und ausser Stande gesetzt, auch bei erhöhter Arbeitsleistung das Gesamtlohnniveau kollektiv zu steigern, so werden mit der Differenzierung und Individualisierung der Arbeitsverhältnisse auch die Interessen der Arbeiter gespalten. Alle Voraussetzungen, der Lohnsenkung durch gemeinsamen Widerstand zu begegnen, sind sozial, organisatorisch und auch psychologisch wesentlich geschwächt.

Unter dem Druck der Not wird so dem einzelnen Arbeiter die Steigerung seiner Arbeitsleistung als Ausweg aufgezwungen. Im Grunde genommen ist das sogenannte Leistungsprinzip eine Restaurierung des so viel kritisierten ausgesprochen liberalen Frühkapitalismus. Der individuelle freie Arbeitsvertrag feiert, ergänzt durch ein ausgeklügeltes Antreibersystem, fröhliche Auferstehung.

Die Lohndifferenzierung erstreckt sich auf Stunden- wie auf Stücklöhne. Schon in den Tarifordnungen ist bis zum vollen Stundenlohn eine weite Strecke von Abstufungen zurückzulegen. Da sind vor allem die bezirklichen Lohngebiete nach Ortsklassen zerlegt. Ihre Vielheit hat mit den Preisunterschieden von Gegenden, von Stadt und Land kaum noch etwas zu tun. In der Tarifordnung der Maler- und Lackierergewerkschaften für Schlesien ist das Lohngebiet in nicht weniger als 11 Ortsklassen zerlegt. Zwischen der obersten und untersten Ortsklasse klafft eine Lohnspanne von 30 Prozent. Dazu gesellt sich die Abstufung nach Altersklassen. Im Bauklemptner-Tarif beziehen z. B. Installateure und Klemptner, die früher 96 Pfennig Stundenlohn hatten, heute von 84 Pfg. abwärts bis 65 Pfg., in der untersten Altersklasse 68 Pfg. bis abwärts 50 Pfg.

In der Schuh- und Lederindustrie war 1932 der Tarifstundenlohn eines gelernten Arbeiters 80 Pfg., im Akkord wurde bis 30 Prozent über dem Tariflohn verdient. Der Durchschnittswochenlohn betrug 55 bis 60 Reichsmark. Im Dritten Reich ist der Tariflohn nur noch 75 Pfennig, der Höchstsatz an Akkordzuschlägen 10 Prozent. Das Wochenverdienst in dieser Industrie beläuft sich durchschnittlich auf brutto 39,60 nach den Abzügen von insgesamt 11,65 RM. auf 27,95 RM. Ein Werkmeister der Schuhindustrie verdiente vor Hitler monatlich 310.— RM. heute brutto 250.— von denen 67,49 RM. Abzüge zu leisten sind — bleibt netto 182,51.

Die amtliche Lohnsummenstatistik aber erzählt vom steigenden Index der tatsächlichen Arbeitseinkommen.

Die gesamte Kriegsindustrie stützt sich heute auf Akkordlöhne, die mit den Rationalisierungsmethoden ständig ver-

schlechtert werden. Der Arbeiter hat bei sinkenden Akkordsätzen das verständliche Bestreben, sein Einkommen auf gleicher Höhe zu halten, d. h. er schuftet bis zur Erschöpfung. Nun war früher der Akkordabbau noch den Betrieben überlassen, heute werden die Tarifordnungen der Treuhänder diesem Zwecke dienstbar gemacht. Danach hat bei Meinungsverschiedenheiten der Betriebsführer den Akkord nachzuprüfen, falls keine Einigung erfolgt, zu entscheiden. Zunächst ist die Akkordbasis verschlechtert durch die Ortsklasseneinteilung. In einzelnen Tarifordnungen gilt der Hilfsarbeiterlohn als Akkordbasis, während früher allgemein die Tarifstundenlöhne die Basis bildeten. Nach den Tarifordnungen galt der Akkordsatz bisher schon als richtig, wenn die Gefolgschaftsgruppe den Akkordrichtsatz im Durchschnitt verdiente. Der Akkord wurde also so errechnet, dass er von einem Teil der Belegschaft nicht erreicht wurde. In den neuen Tarifordnungen ist eine weitere Verschärfung eingetreten. Es wird ein Prozentsatz von 70 und 80 Prozent der Akkordarbeiter festgesetzt, die den Akkordrichtsatz erreichen müssen, damit die Bedingungen des Lohntarifs erfüllt sind. Die Einzelberichte aus allen Teilen Deutschlands zeigen das ganze Ausmass der Akkordschinderei. „Wer nicht mitkommt, bleibt auf der Strecke und fliegt bei passender Gelegenheit.“

Von den Bauarbeitern wird berichtet, dass die wüste Antreiberei sonst vermeidbare Unfälle verursacht. Daraus gibts noch Gefahrezuschläge und Prämien für vorzeitige Fertigstellung der Bauten. Diese Prämien werden aber nicht ausgezahlt, sondern für Urlaubsreisen mit K. d. F. angesammelt.

Das „Leistungsprinzip“ ist in einer Reihe von Klauseln in den Tarifordnungen verankert. Entweder der Arbeiter holt das Letzte aus seiner Arbeitskraft zur Leistungssteigerung heraus oder aber es droht ihm die Einreihung in die Kategorie der „minderleistungsfähigen“ Arbeiter, d. h. Lohnabbau. So wird auch bei den Stundenarbeitern der Zeitlohn niedrig gehalten, aber durch Leistungsprämien ergänzt. Im Gegensatz zur tariflichen Lohnhöhung kann die Leistungszulage nach einer Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts jederzeit ohne Kündigung abgeschafft werden. Der sogenannte Tariflohn ist lediglich noch eine untere Grenze der Leistung. Praktisch wird der Facharbeiter, der keine Leistungsprämien erreicht hat, in eine niedrige Lohnklasse versetzt, z. B. ein Facharbeiter der Maschinenindustrie wird als Maschinenarbeiter verwendet, ohne sich auf Grund der Tarifordnung dagegen wehren zu können. Der Leistungslohn des Arbeiters soll ferner nicht nur nach der Arbeitsleistung, sondern nach seiner Gesamthaltung im Betrieb bemessen werden. Selbstverständ-

lich werden Angehörige der Werkscharen über tariflich entlohnt.

Ein anderes besonders agitatorisch aufgemachtes Mittel zur Akkord-Drückerei sind die sogenannten Reichsbefehlskämpfe. So wurden kürzlich in den Reichsbahnreparaturwerkstätten 10 Prozent der Belegschaften gezwungen, dieses Manöver mitzumachen. Die Sache ist freilich ins Wasser gefallen, da die Teilnehmer es am zweiten Tag vorgezogen hatten, nicht mehr zum Wettkampf zu erscheinen.

Die „Deutschland-Berichte“ bringen weiter sehr eindrucksvolles Material über die erheblichen Lohneinbußen, die den Arbeitern durch Rohstoffmangel und Ersatzmaterial erwachsen mussten. Der Materialmangel hat vielfach lange Wartezeiten eingeschaltet, während der Arbeiter nur den Stundenlohn bekommt. Das verschlechterte Material zwingt zu Verlangsamung des Arbeitstempos, der Akkordarbeiter trägt den Lohnverlust.

Die Abstellung über willkürliche Tarifunterschreitungen, ungeheure Abzüge und sonstigen Lohnverschlechterungen runden das Gesamtbild ab. All die Sonderzuwendungen, wie Weihnachtsgeschenke, Bezahlung der Feiertage, Treuprämien usw., die als „Sozialismus der Tat“ bezeichnet werden, sollen einen Ausgleich für die erhöhten Leistungsansprüche darstellen. Sie bilden jedoch in keiner Weise ein Äquivalent für die Unterentlohnung, die mit dem geschilderten Antreibersystem Wirklichkeit geworden ist.

„Es tragt sich allerdings“, so schliesst der Bericht die Betrachtung dieser Ausbeutungsmethoden, „ob sich nicht auf diesem Gebiet schliesslich jene Ermüdungserscheinungen bemerkbar machen müssen, die der seit Jahren überbeanspruchte staatliche Organismus an anderen Stellen bereits erkennen lässt.“

Ärzte und Kriegsvorbereitung. Auf der Tagung der „Deutschen Gesellschaft für Chirurgie“ forderte Professor Kirschner, dass die Verkehrsverletzten möglichst den Universitätskliniken zuzuführen seien, weil ihre Verletzungen den Kriegsverletzungen ähneln und „die Medizinstudenten von heute leicht die Kriegschirurgie von morgen sein können.“

Briefschneffler. Wie der Daily Telegraph mitteilt, werden Briefe, die von Prag nach London gehen, in Deutschland unter Verletzung der internationalen Postbestimmungen geöffnet.

An die Bezieher des Neuen Vorwärts!
Wir bitten, Zahlungen nach Paris zu leisten auf Postscheck-Konto
Neuer Vorwärts Paris 885.01

Bezugspreise

Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb Frankreichs 150 Fcs (für ein Quartal bei freier Lieferung 18 Fcs). Preis der Einzelnummer im Ausland (die Bezugspreise für das Quartal sehen in Klammern).

Argentinien Pes. 0,30 (3,60), Belgien Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Tschechoslowakei Kr. 1,40 (18.—), Danzig Gulden 0,45 (5,40), Deutschland Mk. 0,25 (3.—), Estland E. Kr. 0,22 (2,64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1,50 (18.—), Grossbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0,15 (1,80), Italien Lit. 1,10 (13,20), Jugoslawien Din. 4,50 (54.—), Lettland Lit. 0,30 (3,60), Litauen Lit. 0,55 (6,60), Luxemburg B Frs. 2,45 (29,50), Norwegen Kr. 0,30 (3,60), Palästina P. Pf. 0,020 (0,216), Polen Zloty 0,50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0,35 (4,20), Schweiz Frs. 0,30 (3,60), Slowenien Pes. 0,70 (8,40), Ungarn Pengo 0,50 (6.—), USA 0,08 (1.—).

Einzahlungen können erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Prag 46 149. Polen: „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Warschau 194 72. Schweiz: „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14 697. Rumänien: „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Bukarest Nr. 2088. Ungarn: „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Belgrad Nr. 51 065. Genaue Zeichnung der Konten ist erforderlich.

Goebbels dementiert

Wir dementieren erstens,
dass die Blätter, die wir in den westlichen Demokratien bezahlen und leiten, von uns inspiriert sind.
Wenn sie ihre Meinung aus Deutschland beziehen, so tun sie es nicht etwa, weil sie geschmiert sind.
Sie rutschen ganz geradlinig vor uns auf den Knien.

Wir dementieren zweitens,
dass die Blätter, von denen soeben die Rede gewesen, sich gar mit politischen Fragen befassen.
Sie lehren nur die, die gern Feuilletons lesen, ihr eigenes Staatswesen gründlich zu hassen und langsam am preussischen Geist zu genesen.

Wir dementieren drittens,
dass die Blätter uns etwa als heimliche Werkzeuge frommen.
Wir kennen die Zellungen gar nicht und schwören, wir haben noch kaum ihre Titel vernommen.
Nur mit den meist reichsdeutschen Herren Redakteuren sind wir — mehr per Zufall — zusammengekommen.

Wir dementieren endlich,
dass die Blätter, von denen wir hier so ausführlich gesprochen, überhaupt existieren. Kurzum, wir erklären:
Wir zahlen sie zwar, doch sie sind nicht bestochen.
Wir lassen sie frei auf Kommando gewähren.
Es gibt sie nicht. — Unsere Erzfeinde köchen wie immer ihr Sappchen an kindischen Mären.

Das Ganze hat wieder der Jude
verbrochen.